

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.- / Jahresabo Fr. 45.- Erscheint monatlich Nr. 10 Oktober 2000 35. Jahrgang

Démocrate  **Suisse**
Pages 13-15

Bravo Dänemark!



Lydia Riesen,
Stadträtin,
SD, Bern

Das dänische Volk hat am 28. September 2000 mit 53,1 Prozent überraschend deutlich den Beitritt zum Euro abgelehnt. Die Dänen und insbesondere eine deutliche Mehrheit der Däninnen haben sich somit selbst von der gigantischen Propaganda nicht einlullen lassen und eindringlich signalisiert, dass sich die Kluft zwischen dem Volk und der «classe politique» im zentralistischen, bürokratischen und demokratiedefizitären EU-Gebilde noch vergrössert hat.

Selbst ein millionenschwerer Abstimmungskampf der Europhilen und die künstliche Aufwertung des Euro durch Milliardenkäufe der europäischen, amerikanischen und sogar japanischen Notenbank konnten nicht verhindern, dass die dänischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unmissverständlich «Nej» zum Euro und zum Beitritt zur europäischen Zentralbank gestimmt haben. In Anbetracht der rechtswidrigen Repressionen seitens der EU gegen Österreich, bei der auch der dänische Ministerpräsident Rasmussen nicht ganz uneteiligt war, und in Anbetracht des immer offeneren hegemonistischen Verhaltens Frankreichs und Deutschlands gegenüber den kleineren EU-Staaten hat das dänische Volk in weiser Voraussicht der EU eine mutige Abfuhr erteilt. Schuld für das deutliche Nein war aber nicht nur der schwindstüchtige Euro, der trotz Stützungsmaßnahmen und Garantiezusicherungen des IWF weiter an Wert verlor, sondern die gesamte EU-Politik stand zur Disposition.

Für viele Däninnen und Dänen stellt sich schon lange die Frage, welchen Sinn eine EU-Mitgliedschaft noch haben kann. So stellt selbst der Parteichef der Liberalen, Anders Fogh Rasmussen, ein vehementer EU-Befürworter, resigniert fest: «In Dänemark ist nun offenbar die Zeit reif für eine umfassen-

de Debatte, was Dänemark eigentlich in der EU will.»

Kluft zum Volk riesig

Bezeichnend nicht nur für Dänemark, sondern für den gesamten EU-Raum ist die immer grösser werdende Kluft zwischen der politischen Kaste und dem Volk. Etwa 80 Prozent der dänischen Abgeordneten sprachen sich für den Euro aus. Zu Recht fordert die Opposition nun Neuwahlen. Mit diesem Ergebnis hat das dänische Volk gezeigt, dass es nicht bereit ist, seine Souveränität zugunsten eines Staaten-Molochs preiszugeben, in dem die kleinen Staaten gegenüber den grossen Nationen nur Lückenbüsser sind, die es zur Erfüllung seiner Grossmachtphantasien braucht. Dabei geht es nicht nur um die Währungssouveränität, sondern um die komplexe Frage der staatlichen Eigenständigkeit. Es bleibt die Hoffnung, dass weitere Nationen (sicher einmal Schweden und Grossbritannien) diesem Signal folgen werden und sich nicht von einer Propaganda einlullen lassen, die ihnen leere Versprechungen macht, sondern ihren eigenen Weg gehen.

Die Stellungnahmen aus Brüssel und Umgebung widerspiegeln die Falschheit, die in der EU herrscht. Noch vor der Abstimmung hat man sich befleissigt, den Euro besser zu machen, als er ist. Jetzt spielt man das eindeutige Misstrauensvotum der Däninnen und Dänen herunter und bezeichnet in gewohnt arroganter Art und Weise Dänemark als ein wirtschaftlich unbedeutendes Land (Jospin). Weshalb aber mussten vor der Abstimmung unbedingt noch die Stützungskaufe der EU in der geschätzten Höhe von 15 bis 20 Milliarden Euro getätigt werden? Und der IWF hatte geflissentlich noch vor dem 28. September zu erklären, dass er den Euro stützen werde? Alles Abstimmungspropaganda aus nackter Notwendigkeit?

EU am Lebensnerv getroffen

Selbstverständlich zeigten sich die EU-Kommissare nach aussen gelassen und vertreten – wie in der alten Sowjetunion – die gleiche Meinung, als wenn sich die EU-Apparatschiks vorher abgespro-

Zur 18%-Initiative: Gekämpft und verloren...

Mit grosser Enttäuschung und Besorgnis nehmen die Schweizer Demokraten von der Ablehnung der 18%-Initiative Kenntnis. Immerhin haben mehr Leute zugestimmt, als dies bei den letzten Einwanderungsabstimmungen der Fall war. Das ist ein Fingerzeig darauf, dass immer mehr Einheimische unter den Folgen der Einwanderung leiden.

Das jetzige Nein dürfte dazu führen, dass die Einwanderung noch etwas zunehmen wird. Ist es das Schicksal unseres Landes, dass es vollkommen internationalisiert wird und der schweizerische Charakter zusehends verloren geht? Wir meinen Nein: Unser Kampf geht weiter! Für die Gegner der weiteren Zunahme der Überfremdung wird sich nun die Frage stellen, wie weiter vorgegangen werden muss im Kampf für die Erhaltung von Volk und Heimat. Dabei könnten **neue Formen der Meinungsäusserung vermehrt benutzt** werden. Die Schweizer Demokraten können sich beispielsweise vorstellen, dass **Protestaktionen, Demonstrationen** usw. organisiert werden. Provokativ gesagt: Wenn es keine ideellen schweizerischen Werte mehr gibt, braucht es auch keine militärische Landesverteidigung mehr.(?) Die Tatsache, dass (nicht nur) **die 18%-Initiativbefürworter mit einer millionenschweren Propagandamaschinerie schlicht überfahren** wurden, lässt immer mehr die Frage aufkommen, ob solche Auseinandersetzungen überhaupt noch demokratisch sind. Auch hier sind eventuell neue Schlüsse zu ziehen. All diese Feststellungen, Schlüsse und Vorschläge müssen nun in den Einwanderungsgegnerkreisen diskutiert und allenfalls in eine neue Politik umgesetzt werden.

Was meinen Sie dazu?

Wir sagen vorderhand: Der Kampf für die Erhaltung unseres Landes – für eine schweizerische Schweiz – geht für die SD weiter... Vielleicht auf völlig neuen politischen Wegen.

Geschäftsleitung der Schweizer Demokraten (SD)

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 2 Bush vs. Gore
- 3 Leben und Umwelt
- 5 Absage an Kriegsspiele und Guerilla-Abenteuer
- 6 War Immanuel Kant ein Rassist?
- 8 Veranstaltungskalender
- 11 Doppelmoral als Zeichen der Zeit
- 12 Der Leser hat das Wort

Bravo Dänemark

Fortsetzung von Seite 1

Stimmbürger doch als weitsichtig genug, diesen Schachzug zu durchschauen und ihr entsprechendes Nein in die Urne zu legen.

Signal für Europa – und die Schweiz

Das Nein des dänischen Volkes hat auch direkte Signalwirkung auf Schweden und Grossbritannien, wo ebenfalls an der Urne über die Einführung des Euro abgestimmt werden soll. Aber auch in den anderen Ländern, in denen die Bevölkerung ebenfalls nicht mit der

Zwangswährung Euro einverstanden ist, wird dieses Abstimmungsergebnis nicht ohne Folgen bleiben. So sind beispielsweise in Deutschland gemäss Umfragen mehr als die Hälfte der Befragten gegen den Euro. Dies ist auch kaum verwunderlich. So hat doch der Euro gegenüber den Nicht-EU-Währungen zum Teil mehr als 25 Prozent an Wert verloren. Letztlich wird auch die Opposition in den Ländern, die einen EU-Vollbeitritt erwägen, durch dieses Ergebnis gestärkt. Die Schweizer Demokraten jedenfalls danken dem dänischen Volk von Herzen für seinen Mut, nicht der Pleitewährung Euro beizutreten.

seinem Konkurrenten stellte er sich in diesen Fällen der Öffentlichkeit und konnte damit schweren Schaden von sich abwenden. Bush hingegen wird, auf seine Vergangenheit mit Alkohol und Drogen angesprochen, jeweils barsch und lässt die betreffenden Journalisten stehen. Das rigorose Durchsetzen der Todesstrafe entwickelt sich für Bush langsam ebenfalls zum Problem. In manchen Fällen besteht der Verdacht, dass Unschuldige hingerichtet worden seien. Bush meint dazu nur: «Fehler können nur dort gemacht werden, wo gearbeitet wird!»

Der schlimmste Fehler, den sich Bush Jr. aber hat zuschulden kommen lassen, war, dass er sich nicht den üblichen direkten Duellen auf den drei grössten Fernsehsendern der USA stellen wollte. Er wollte nur vor einer kleinen Gruppe ausgesuchter Gäste auf einem Sender zu diesem «Schlagabtausch» antreten. Erst sein Bruder, seines Zeichens Gouverneur von Florida, und sein Vater konnten ihn dazu überreden, den drei Terminen doch noch zuzusagen. In der Öffentlichkeit hat er mit diesem Verhalten viel Sympathien verloren.

Ein Thema, das den meisten Amerikanern ebenfalls wichtig ist, ist die Aussenpolitik. Beiden Kandidaten wurden von Journalisten vor laufenden Kameras zehn Fragen gestellt. Resultat: Gore konnte acht richtig und zwei teilweise richtig beantworten. Bush hingegen lag nur gerade bei drei Fragen richtig, vier beantwortete er teilweise richtig und bei dreien musste er passen. Sein Kommentar: «Ich will Präsident werden und nicht Aussenminister!» In dieser Beziehung muss sich Bush blind auf die ehemaligen Berater seines Vaters verlassen. Gore hingegen hat den Vorteil, dass er von Präsident Clinton bereits stark in die Regierungsgeschäfte miteinbezogen worden ist. Eine gewisse Praxiserfahrung ist bei ihm also vorhanden.

Als Letztes möchte ich noch die Personalbesetzung der beiden Kandidaten für die Ämter des Vizepräsidenten sowie des Aussenminis-

ters anführen. Gore zieht mit der Nominierung von Liebermann, einem einflussreichen, gemässigten, politisch erfahrenen Mann jüdischer Abstammung, sowohl die Rentner, die Jugend aber auch die verschiedenen jüdischen Interessengruppen auf seine Seite. Bush hingegen nominierte mit Dick Cheney einen Mann, der zwar unter Bush sen. Verteidigungsminister war und deshalb sicher politisch erfahren, jedoch leider für viele Amerikaner zu alt für dieses Amt ist.

Mit der Nominierung des farbigen Colin Powell als Verteidigungsminister hat Bush Jr. erst auf Drängen seines Vaters hin den wahrscheinlich letzten Strohalm zur Sicherung der afroamerikanischen Stimmen ergriffen. Gore hingegen hat bereits mehrere Afroamerikaner in seinen Stab integriert und in einem Interview lange vor Bushs Nominierung auch geäussert, er könne sich sehr gut vorstellen, den ehemaligen Generalstabschef Powell als Verteidigungsminister zu nominieren.

Nachdem bei Gore auch die finanziellen Mittel für den Wahlkampf schneller fliessen, stehen seine Chancen im Moment sehr gut, im Dezember in das Amt des Präsidenten gewählt zu werden. Aber eines ist sicher: Wer auch immer gewählt wird, er wird garantiert nie der «mächtigste Mann der Welt» sein, sondern immer eine «Marionette des Establishments» bleiben. Der letzte richtige Präsident wurde am 22. November 1963 in Dallas, Texas, Opfer einer heimtückischen Verschwörung!

Anmerkung der Redaktion:

Ja, ja, die amerikanischen Präsidentschaftswahlen! Ob Wladimir Putin, Slobodan Milosevic, Alberto Fujimori, Gro Harlem Brundtland, Désiré Lubamba-Ougadougou oder halt eben Al Gore und George Bush: Wenn uns Redakteuren vom «Schweizer Demokrat» eine Pistole an den Kopf gehalten würde, täten wir uns nur für den sozialpatriotischen Amerikaner Pat Buchanan entscheiden.

Bush vs. Gore

Peter Bühler, Stadtrat, Kantonalpräsident, Bern

Nachdem die republikanischen Delegierten auf dem Parteikonvent George Walker Bush jr. als Präsidentschaftskandidaten nominiert hatten, waren viele überzeugt, dass dieser den farblosen demokratischen Kandidaten und Vizepräsidenten der USA, Al Gore, vernichtend schlagen würde. In fast allen Umfragen war der Gouverneur von Texas und Sohn des ehemaligen Präsidenten seinem Gegner meistens einen Schritt voraus. Und nun, wenige Wochen vor der Wahl um das Amt des «mächtigsten Mannes der Welt»...?

...liegt Gore bei allen Umfragen deutlich vorn. Dies, obwohl einige «Esoteriker» behaupteten, Bush Jr. werde schon im Vorfeld klar bei den Umfragen in Führung liegen, sein Wahlsieg würde sich schon vorher abzeichnen und die «dunkle Zeit für die Menschheit» würde beginnen. Die Realität sieht etwas anders aus. Bush fällt in den Umfragen immer mehr zurück und verliert zusehends an Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählern. Was sind die Gründe dafür, dass er immer mehr an Boden verliert?

Gore gibt sich als der «Weltmännischere» von beiden. Während Bush sich aufführt wie der berühmte «Elefant im Porzellanladen» und kein Fettnäpfchen auslässt, gibt sich Gore ruhig und sicher bei seinen Auftritten. Seine Erklärungen werden von der Bevölkerung zur Kenntnis genommen und, was am wichtigsten ist, auch akzeptiert. Er hat Themen wie Schule, Gesundheit, Altersversorgung und soziale Sicherheit in seinen Wahlkampf aufgenommen und so das Interesse vieler Amerikaner auf sich gelenkt. Bush dagegen ist bei diesen Themen überfordert. Er verweist lieber auf seine Erfolge im Bundesstaat Texas. Dies wäre auch absolut in Ordnung, wenn er wirklich eigene Verdienste aufweisen könnte. Er hingegen schmückt sich mit den Federn seiner Vorgänger. Seine Erfahrungen beziehen sich lediglich auf den Bundesstaat Texas. Von den Sorgen und Nöten der übrigen Amerikaner scheint er keine Ahnung zu haben, oder sie erscheinen ihm als «nicht so schlimm», wie er vor gut einem Jahr auf CNN erklärte.

Auch bei öffentlichen Auftritten

leistet er sich immer wieder Fehltritte. Bei einer Pressekonferenz äusserte er sich abfällig über die anwesenden Presseleute, ohne zu bemerken, dass das Mikrophon bereits eingeschaltet war. Erst die Buhrufe und die Pfiffe der Pressevertreter liessen ihn seinen «Fauxpas» bemerken.

Ein weiteres Beispiel: Auf einer Wahltour wollte er unbedingt ein kleines Mädchen auf den Arm nehmen und dieses fing prompt an zu weinen. Nachdem er für die Kameras gelächelt hatte, sagte er: «So ein dummes Ding», auch hier ohne zu bemerken, dass die Kameras noch liefen.

Gore hingegen besuchte ein Stahlwerk und ass anschliessend ohne grosses Aufsehen mit einigen der Arbeiter zu Mittag. Einzig ein Kameramann von CNN war anwesend und filmte die Szene. Ob abgesprochen oder nicht, diese Bilder wirken bei amerikanischen Wählern. Auch sein Auftritt beim Parteikonvent in Los Angeles, wo er spontan seine Frau in die Arme nahm und ihr einen liebevollen Kuss gab, begeisterte die Anwesenden und wohl auch die Zuschauer an den Bildschirmen, signalisierte er doch mit dieser Geste, dass seine Ehe, im Gegensatz zu der des amtierenden Präsidenten, noch in Takt sei.

Selbstverständlich hat auch Al Gore seine Skandale. Er weiss aber, wie man damit umgehen muss. Den Whitewater-Skandal hat er zum Beispiel, obwohl anfangs massiv beschuldigt, locker hinter sich gelassen. Auch die Chinaspenderaffäre konnte seinem Image keinen dauerhaften Schaden zufügen. Im Gegensatz zu

Zur Euro-Frage wurde Bernhard Hess im Nationalrat wie folgt vorstellig: Schweizerfranken im Kielwasser des Euro

Wie lange noch gedenkt insbesondere das Direktorium der Nationalbank, aber auch der Bundesrat, den Schweizerfranken im Kielwasser des seit Beginn schwächlichen und jetzt ausgesprochen schwachen Euros schwimmen zu lassen?

Will man erst dann Gegensteuer geben, wenn es eindeutig zu spät ist, d.h., wenn die damit zusammenhängende und sich bereits heute abzeichnende Inflationsgefahr Wirklichkeit geworden ist?

Ist es nicht höchste Zeit, Konsequenzen aus der ausserordentlich enttäuschenden Entwicklung des Euro-Kurses und der wenig überzeugenden Politik der EZB zu ziehen?





Pro Natura sucht Partnergemeinden für den zweiten Nationalpark

Die Zeit ist reif für einen zweiten Nationalpark in der Schweiz. Das sagt die Naturschutzorganisation Pro Natura – und will dafür tief in die eigene Tasche greifen. Eine Million Franken bietet Pro Natura derjenigen Region an, die den zweiten Nationalpark auf die Schiene bringt.

Ungewöhnliche Post haben fast 3000 Schweizer Gemeinden erhalten. Pro Natura lädt sämtliche Gemeinden der Schweiz ein, mit ihr zusammen das Projekt eines zweiten Schweizer Nationalparks Wirklichkeit werden zu lassen. Die führende Schweizer Naturschutzorganisation will im November die fünf aussichtsreichsten Regionen für das Projekt festlegen. Sie wird dort Machbarkeitsstudien finanzieren, um herauszufinden, welches Gebiet für einen zweiten Schweizer Nationalpark die besten Chancen bietet. Für die spätere Realisierung winkt Pro Natura sogar mit einer Million Franken Starthilfe.

Alle können mitmachen

«Wir haben ganz bewusst alle Gemeinden der Schweiz angeschrieben und keine Vorauswahl getroffen», erklärt der Präsident Martin Boesch, Professor für Wirtschaftsgeografie an der Universität St. Gallen, und ergänzt: «Es ist uns sehr wichtig, dass ein gut abgestützter, demokratischer Prozess stattfindet. Das Projekt muss von unten wachsen.» Auch die Gemeinden des Mittellandes lädt Pro Natura ein, am visionären Projekt mitzuwirken. Mit Geld, Know-how oder gemeinsamen Projekten können sie die zukünftigen Nationalparkgemeinden unterstützen.

Warum gerade jetzt?

Die Schweiz hat 1914 den ersten Nationalpark Mitteleuropas geschaffen. Pro Natura, damals noch unter dem Namen «Schweizerischer Bund für Naturschutz», stand Patin. Sie wurde 1909 als «Fränkliverein» gegründet, um das Geld für die Schaffung des Parks zu sammeln. Noch heute bezahlt Pro Na-

tura pro Mitglied und Jahr einen Franken in die Kasse des Nationalparks im Engadin. Was grosse Schutzgebiete betrifft, hat die Schweiz jedoch ihre Pionierrolle längst verloren, während in den umliegenden Staaten zahlreiche neue Nationalparks geschaffen wurden. Nach Ansicht von Pro Natura ist die Gründung neuer Nationalparks jetzt fällig und auch machbar. Es gibt heute international anerkannte Nationalpark-Konzepte, welche den Menschen viel Platz einräumen und den strenger geschützten Nationalpark im Engadin ideal ergänzen könnten. Neben einer streng geschützten Kernzone sehen sie auch Zonen vor, in denen eine angepasste Land- und Forstwirtschaft oder sanfter Tourismus erwünscht sind. Für manche sogenannte Randregion könnte ein solcher Park interessante wirtschaftliche Perspektiven bieten.

Ort und Flächenbedarf

In der öffentlichen Diskussion interessiert vor allem eines: Wo will Pro Natura den zweiten Nationalpark? Martin Boesch: «Wir suchen ein Gebiet in der Grössenordnung von zehn mal zehn Kilometer. Zwei Drittel davon müssen sich für eine streng geschützte Kernzone eignen, in der die Natur wieder ganz sich selber überlassen wird.» Das Hauptaugenmerk richtet sich auf die Alpen und Voralpen. Allerdings will Pro Natura sicherstellen, dass ein neuer Park nicht nur aus waldfreier Hochgebirgslandschaft besteht. Wenigstens 25 Quadratkilometer der zukünftigen Parkfläche sollen unterhalb der Waldgrenze liegen. Die Naturschützer/-innen sind zuversichtlich, dass verschiedene Regionen sich ernsthaft mit ihrem Vorstoss auseinandersetzen werden. Martin Boesch: «Das Thema liegt in der Luft und den letzten beißen die Hunde.»

Pro Natura jedenfalls will die Party zu ihrem 100. Geburtstag 2009 im zweiten Schweizer Nationalpark steigen lassen – ausserhalb der Kernzone, versteht sich.

Wasser – bedrohtes Gestaltungselement unserer Landschaft

Aus dem Tätigkeitsbericht der Aqua Viva

Wasser ist nicht nur landschaftsprägend, sondern Lebensgrundlage für uns Menschen, Tiere und Pflanzen. Überschwemmungen und Lawinen stellen uns allerdings vor Augen, dass wir die Naturgewalten letztlich nicht beeinflussen können. Während uns bei den Lawinen noch bewusst wird, dass wir uns nur mit den natürlichen Schutzfunktionen von Landschaft und Natur vor Gefahren schützen können, ist dieses Bewusstsein bei den Oberflächengewässern, insbesondere bei den Fliessgewässern, viel geringer entwickelt. Diese werden von vielen als blosse Energielieferanten und Transportwege zur Kenntnis genommen und als solche genutzt, vielfach sogar übernutzt. Die schlechten Erfahrungen mit begräbten Bächen und Flüssen in ausbetonierten Gewässerbetten haben uns jedoch gezeigt, dass wir die Übernutzung nicht weiter treiben können. Immer mehr ist denn auch die Einsicht gewachsen, dass natürliche oder naturnahe Gewässer mit ausreichend dimensionierten Auenbereichen einen besseren Schutz bieten als hart verbaute Abflussrinnen. Zudem wuchs die Erkenntnis, dass in den vergangenen Jahrzehnten verheerend viele Tiere und Pflanzen im und am Wasser ausgerottet wurden. Wo finden wir noch Flusskrebse und warum ist der Lachs ausgestorben? Zu Recht sind unsere moderneren Gesetze deshalb darauf ausgerichtet, begangene Fehler zu korrigieren und Bäche und Flüsse zu renaturieren. In einzelnen Kantonen können bei der Revitalisierung von Fliessgewässern schöne Erfolge festgestellt werden. Allerdings ist es aus der Sicht der AQUA VIVA höchst bedauerlich, dass die Sanierungsbestimmung des Fischereigesetzes im Bereich der Wasserkraftnutzung bis anhin toter Buchstabe geblieben ist. Und es ist zudem höchst unbefriedigend, dass der Vollzug des Gewässerschutzgesetzes im Restwasserbereich in nahezu allen Kantonen schleppend, um nicht zu sagen höchst widerwillig angegangen wird. Ein Vorstoss im Nationalrat, der durch die AQUA VIVA angeregt wurde, hat diesen leidigen Sachverhalt klar aufgedeckt.

Verbandsbeschwerdrecht – eine Stimme der Natur

Noch unbegreiflicher ist, dass im Parlament das Verbandsbeschwerdrecht umstritten ist. Die AQUA VIVA als beschwerdeberechtigte Organisation bedauert dies vor allem deshalb, weil Beschwerden von Umweltschutzorganisationen im Allgemeinen wohlüberlegt eingereicht werden. Die Zahl der erfolgreichen Beschwerden zeigt,

dass sie in den meisten Fällen auch berechtigt waren. Zum Glück hat das Parlament im letzten Jahr bestätigt, dass das Verbandsbeschwerdrecht der Natur eine unverzichtbare Stimme verleiht, eine Stimme, die auch gehört wird.

Rheinschutz – europäisches Beispiel eines umfassenden Gewässerschutzes

Die AQUA VIVA ist erfreut, dass es nicht nur der Schweiz ein Anliegen ist, Gewässer umfassend zu schützen. Wichtiges Beispiel ist der geplante ganzheitliche Rheinschutz. Der Bundesrat hat kürzlich eine Botschaft ans Parlament weitergeleitet mit einem neuen Übereinkommen der fünf Rheinanliegerstaaten und der Europäischen Gemeinschaft zum Schutz des Rheins als Lebensraum. Bisher war der Rheinschutz vor allem auf die Reduktion der Gewässerverschmutzung ausgerichtet. Mit dem neuen Rheinschutzabkommen soll ein wichtiger Schritt zur nachhaltigen Entwicklung des Ökosystems Rhein eingeleitet werden. Der Staatsvertrag soll den individuellen Charakter des Flusses, seiner Ufer und Auen schützen. Die Vertragsstaaten Niederlande, Luxemburg, Deutschland, Frankreich und die Schweiz verpflichten sich, auch die Tiere und Pflanzen, die im Fluss und im Uferbereich leben, zu schützen. Dazu sollen die natürlichen Lebensräume und der ursprüngliche Flusslauf soweit wie möglich erhalten und wiederhergestellt werden. Ein weiteres Ziel dieses Rheinschutzübereinkommens ist eine ökologisch verträgliche Hochwasservorsorge, um in Zukunft besser gegen extreme Hochwasserereignisse gewappnet zu sein. Die Wasserqualität im Rhein hat sich glücklicherweise in den letzten Jahrzehnten verbessert. Innerhalb von zehn Jahren konnten die Schadstofffrachten halbiert werden. Mit den beiden Aktionsprogrammen «Rhein 2000» und «Lachs 2000» gelang es, den in den Fünfzigerjahren ausgestorbenen Lachs im Nieder-, Mittel- und zum Teil auch im Oberrhein wieder anzusiedeln. Aber bis der Lachs am unüberwindbaren Hindernis Rheinfall ankommen wird, wird noch viel Wasser den Hochrhein hinunterfliessen. Bei den meisten Staustufen am Hochrhein fehlen nämlich noch lachstaugliche Fischpässe.

Nachhaltigkeit – Aufgabe und Verpflichtung

Da auch bei uns in der Schweiz das Gewässernetz für viele Tiere und

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Pflanzen am und im Wasser noch keine ausreichenden Lebensräume bietet, sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Es braucht eine ständige Aufklärungsarbeit der Naturschutzverbände in der Öffentlichkeit und bei Behörden, um Verständnis und Unterstützung zu bekommen, damit auch spätere Generationen möglichst viele natürliche Lebensräume vorfinden. Zum Glück wird die Bedeutung der Nachhaltigkeit von immer weiteren Kreisen erkannt. Und dass in diesem Zusammenhang das Wasser eine entscheidende Rolle spielt, dürfte auf der Hand liegen. Denn Wasser, angefangen beim Trinkwasser, ist die grundlegende Ressource für das Leben von Pflanzen, Tieren und dem Menschen.

a. Nationalrat Otto Zwygart,
Präsident der Aqua Viva

Karikatur aus der Jahrhundertwende 1900



Segen oder Quacksalberei?

«Functional Food» auf dem Prüfstand

Die Trennlinie zwischen Lebensmitteln und Medikamenten wird mehr und mehr verwischt. Mit «hebt Ihre Stimmung» wird in den USA eine Büchsen-Erbsensuppe mit Zusatz von Johanniskraut angepriesen, und ein Kaugummi mit Phosphatidylserin «verbessert die Konzentration». In Japan wird dem Softdrink «VegitaBeta» β -Carotin zugesetzt «zur Unterstützung des gesunden Lebensstils» und in England beansprucht MD Food für seinen Butter-ähnlichen Brotaufstrich aus Fischöl einen günstigen Einfluss auf das Herz. Wohin treibt unser Nahrungsmittel-Angebot?

Die treibenden Kräfte hinter der Herstellung von Nahrungsmitteln, die Medikamenten-ähnliche Effekte beanspruchen, sind einerseits die vermuteten positiven Effekte von Pflanzenwirkstoffen und anderen Substanzen und andererseits das grosse Interesse der Bevölkerung an alternativen Heilmitteln. Diese Faktoren und eine schwache Gesetzgebung sind verlockend für die Lebensmittel-Industrie, welche riesige Gewinne für Functional Food ausmacht.

Es gibt sicher Fälle, wo der Zusatz von Substanzen in Nahrungsmitteln ein echter Gewinn sein kann: Mit jodiertem Salz z.B. konnte der durch Jodmangel bedingte Kropf bekämpft werden, oder Mehl mit zugesetzter Folsäure hilft Neuralrohrdefekte verhindern.

Aber Fragen und Probleme tauchen dann auf, wenn die zugefügten Substanzen kaum getestet oder nicht gefahrlos sind, wenn der vorgegebene Nutzen auf fadenscheinigen Beweisen basiert, wenn dem Nahrungsmittel eine unbedeutend kleine oder gefährlich hohe Dosis einer Wirksubstanz zugefügt wird, wenn das «verbesserte» Lebens-

mittel hohe Mengen an Fett, Salz oder Zucker enthält oder wenn industriell hergestellte Nahrungsmittel, welche lediglich eine oder wenige zugesetzte Substanzen enthalten, den Verzehr von natürlichen Lebensmitteln (Gemüse und Früchte), die zahlreiche Nähr- und Pflanzenwirkstoffe enthalten, verdrängen.

Functional Foods müssen den bedeutenden gesundheitlichen Vorteil beweisen können, sonst enden sie als neue Variante von Quacksalberei. Welche Richtung sich durchsetzen wird, hängt davon ab, ob die Regierungen durchsetzen können, dass diese Nahrungsmittel unbedenklich, wirksam und ehrlich gekennzeichnet sind. Leider hinken die Gesetzgeber in allen Ländern rund um den Erdball den Industrien Lichtjahre hinterher.

In den USA ignorieren die Herstellerfirmen das Gesetz oder nutzen Schlupflöcher aus. Johnson & Johnson beabsichtigte zuerst, Benecol-Margarine – welche den Serum-Cholesterin-Spiegel bei gewissen Menschen senkt – als Nahrungsergänzung zu vermarkten und nicht als Nahrungsmittel. Bestandteile von Nahrungsergänzungen müssen nämlich nicht auf Sicherheit getestet sein und die Anpreisung – welche in diesem Fall keine behördliche Genehmigung braucht – kann viel abenteuerlicher ausfallen. Die US-Gesundheitsbehörde (FDA) verfügte jedoch, dass es sich bei Benecol-Margarine tatsächlich um ein Nahrungsmittel handelt, dass die beigefügten Pflanzensterine als Nahrungszusatz deklariert und dass belegt werden müsse, dass diese unbedenklich seien. Letztendlich fügte sich Johnson & Johnson dieser Forderung und die FDA akzeptiert

te die Aussage einer anderen Firma (Lipton), dass sich die Pflanzensterine in einer ähnlichen Margarine als «generally recognised to be safe» (allgemein als sicher anerkannt) herausgestellt hatten.

Andere Firmen, darunter Suppen- und Getränkehersteller, vermarkten ihre Produkte sehr erfolgreich als «Ergänzung», um gesetzliche Bestimmungen zu umgehen, die für Nahrungsmittel gelten. Die FDA sagt, sie habe nicht genügend Ressourcen, um diese Verletzung der Gesetze zu stoppen.

Das Gesundheitsministerium in Japan verlangt eine detaillierte Prüfung für «foods for specified health use» (Lebensmittel für einen besonderen Gesundheitsnutzen). Nur geprüfte Produkte dürfen mit entsprechenden gesundheitsbezogenen Anpreisungen vermarktet werden. Die meisten Firmen jedoch, z.B. Coca-Cola, welche VegitaBeta vermarktet, umgehen den gesetzlichen Prüfprozess. Anstatt Anspruch auf direkte Gesundheitsvorteile zu erheben, werden lediglich Ingredienzien hervorgehoben, welche die KonsumentInnen – richtig oder falsch – als gesundheitswirksam identifizieren.

Die britische Regierung hat es ver-

säumt, Functional Food gesetzlich zu regeln, und überlässt es der Industrie, Konsumenten-Gruppen und lokalen Gewerbefachleuten einen freiwilligen Kodex zu erarbeiten. Wie die meisten nicht-bindenden Richtlinien wird wohl auch diese Selbstregulierung wenig Früchte tragen.

Es mag manchmal durchaus nützlich sein, konventionelle Nahrungsmittel mit physiologisch aktiven Substanzen anzureichern, aber das zügellose Marketing in den USA – mit Umsätzen von 12 Mrd. Dollar jährlich – zeigt das Potenzial auf, die Konsumenten übers Ohr zu hauen oder gesundheitlich zu schädigen. Die Folgen eines solchen Verhaltens könnten sich letztlich verheerend auf die gesamte Lebensmittelindustrie auswirken.

Functional Food, ihre Zusammensetzung und die gesundheitsbezogenen Anpreisungen müssen von den Regierungen gesetzlich geregelt werden. Sie dürfen nicht den Marketing-Strategien der Firmen überlassen sein.

Michael F. Jacobsen und
Bruce Silverglade in:
British Medical Journal.

Übersetzung Rita Moll, Oekoskop

Nach dem Ja zu den Bilateralen:

Wird nun der Tierschutz aufgeweicht?

Im Vorfeld zu den bilateralen Abkommen hatte der Schweizer Tierschutz STS verlangt, dass das Transitverbot für Klautiere auf der Strasse beibehalten werde und die Schweiz nicht zu einer Drehscheibe der ebenso tierquälerischen wie volkswirtschaftlich fragwürdigen internationalen Tiertransporte werden dürfe. Der Bundesrat sicherte dem Schweizer Tierschutz STS zu, dass dieses Verbot unangestastet bleibe.

Gemäss Entwurf zur «Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten» (EDAV) möchte das Bundesamt für Veterinärwesen hingegen inskünftig den Bahntransport von Nutz- und Schlachttieren erleichtern. Die grenztierärztliche Untersuchung soll nur mehr eine Kontrolle der Zeugnisse und Transportpläne umfassen, während konkrete Kontrollen lediglich in Verdachtsfällen vorgesehen sind. Bis anhin erfolgte bei der Einreise in die Schweiz eine obligatorische Tierschutz-Kontrolle. Diese Vorgabe soll nun aufgeweicht werden, obwohl ein Bahntransport durch die Schweiz mehrere Stunden dauern kann. Es soll auch nicht bindend vorgeschrieben werden, die Tiere zu tränken und zu füttern. Dies ist umso stossender, als die Tiere vor Ankunft an der Schweizer Grenze ohne weiteres schon Stunden, möglicherweise

sogar Tage mit der Bahn unterwegs sein könnten und nach dem Transit durch die Schweiz weitere Stunden oder gar Tage transportiert werden (bspw. Kälbertransport von Polen nach Italien in 56 Stunden). Die neue EU-Transportrichtlinie, welche eine Beschränkung der Transportzeiten auf den Strassen vorschreibt, gilt nämlich nicht für den Bahntransport von Tieren. Der Schweizer Tierschutz STS fordert deshalb, dass die obligatorische grenztierärztliche Untersuchung beibehalten wird. An den Grenzbahnhöfen sind zudem genügend und geeignete Versorgungsstationen für die Tiere bereitzustellen und zu unterhalten.

Aus wirtschaftlichen Gründen wird das Schlachten im europäischen Raum auf immer weniger, aber grosse, rationale Schlachthöfe konzentriert. Das hat zur Folge, dass Ferntransporte zunehmen, Transportstrecken und -dauer länger werden. Ein Grund für die Zunahme der Tiertransporte liegt in der EU darin, dass das Gros der Nutztiere in spezialisierten Betrieben in den nördlichen und westlichen Ländern gehalten wird. Zwei Drittel der Schweinepopulation der EU z.B. sind auf Deutschland, Frankreich, Holland und Dänemark konzentriert. Das Schlachten jedoch ist in südeuropäischen Ländern kostengünstiger. Im innergemein-

Absage an Kriegsspiele und Guerilla-Abenteuer



Dieter
Beyeler,
Bern

Mit der Teilrevision des Militärgesetzes wollen der Bundesrat und das Parlament künftig den Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland ermöglichen. Mittels «militärischer Ausbildungszusammenarbeit» werden zudem Schweizer Waffenplätze gleichzeitig ausländischen Truppen geöffnet. Die Schweizer Demokraten haben beschlossen, das Doppel-Referendum tatkräftig zu unterstützen.

Religiös, ideologisch oder politisch begründete Machtansprüche, soziale Gegensätze, aus der Bevölkerungsexplosion resultierender Kampf um Ressourcen und zusätzlichen Lebensraum provozieren auch heute solche Auseinandersetzungen. Machtpolitik wird auch in Zukunft bestimmenden Einfluss auf das Weltgeschehen haben. Es ist aber illusionär zu glauben, Weltpolitik spiele sich im machtfreien Raum selbstloser Friedenssuche und Friedensfestigung ab.

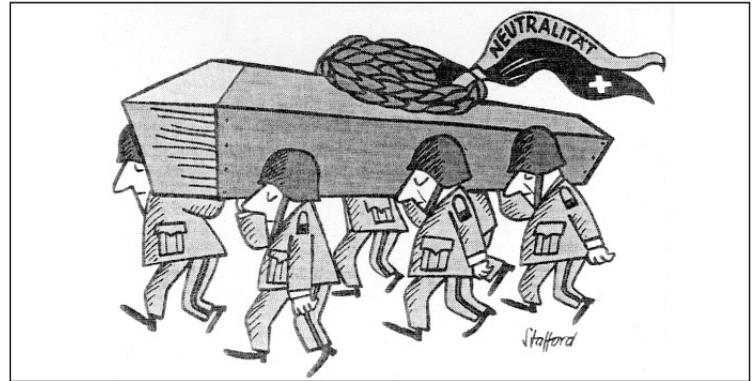
Trotz des offensichtlichen Einflusses in das Weltgeschehen und der Dominanz der USA haben die Spannungen nicht abgenommen und schon gar nicht die Sicherheit zugenommen. Nicht nur zeigt sich, dass Kriege unterhalb der atomaren Schwelle selbst in Europa wieder führbar geworden sind. Im Falle von Tschetschenien werden von Seiten der NATO trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen kalt die Augen geschlossen, dafür wird die Bundesrepublik Jugoslawien während zweieinhalb Monaten gnaden- und pausenlos bombardiert; wegen der Absage Jugoslawiens an die unzumutbaren Bedingungen, im eigenen Land NATO-Streitkräfte zur «Kontrolle» zuzulassen. Die zunehmende Tendenz, Machtansprüche moralisch zu rechtfertigen, nährt Unsicherheit und Verunsicherung, weil die Motive, die Intervention oder Abseitsstehen der Grossmächte auslösen,

zunehmend unberechenbar und immer obskurer werden.

Als Antwort auf Konflikte mit unklaren Konturen entwickelt sich ein keineswegs immer an klaren Völkerrechtsregeln orientierter, eifertig als «humanitär» etikettierter Interventionismus. Dieser bewirkt militärische Operationen von unbekannter Dauer inklusive nicht absehbare Konsequenzen und unsichere Erfolgsaussichten. Der Entschluss zu solchen Interventionen geht meist nicht auf strategische Konzepte zurück. Es sind in erster Linie Resultate von Emotionen, aufgeputscht als Folge hautnaher Bildberichterstattung, die auf die Tränendüse drückt. Der aufgewühlte Fernsehzuschauer oder Sensationszeitungsleser nötigt dann geradezu eine Regierung zu unkontrollierten oder spontanen Handlungsweisen. Der sprunghafte Interventionismus liess eine neue Form von Krieg entstehen; Die «humanitäre Intervention». Neu daran ist die fehlende Anerkennung eines Gegners und die Folge des Kriegsabenteuers, das keinen Friedensschluss benötigt. Bedenklich im Zusammenhang zu diesen «humanitären Interventionen» (militärische Polizeiaktionen) ist die Gefahr der Verwilderung des Völkerrechts. Die Kosovo-Intervention beispielsweise wurde deshalb als humanitär etikettiert, weil sie die Umgehung eines vorgezeichneten Vetos im UNO-Sicherheitsrat zu rechtfertigen hatte. Gerade die USA sind heutzutage mächtig genug, ihre Interessen und Vorstellungen weltweit allen Widerständen zum Trotz durchzusetzen. Manchmal sogar über ihre Einflusszone hinaus. Machtpolitik bestimmt das Recht – und alle finden sich damit ab.

Wollen wir dabei sein?

Die erstrangige Pflicht der verantwortlichen Behörden eines Landes beruht darin, die Interessen des eigenen Volkes und des eigenen Landes wahrzunehmen und kraftvoll zu vertreten; sowohl innen wie aussen. Dies entspricht der Selbstverständlichkeit einer Pflicht, gerade im Falle von gewählten Behörden, die dem Souverän gegenüber verantwortlich sind. Im Rahmen dieser Ordnung von Rechten und Pflichten ist die schweizerische Neutralität unantastbar und verpflichtet die Behörden zur Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten. Damit werden Volk und Land davor geschützt, unversehens und ungewollt in Konflikte und Spannungen hineingezogen zu werden, welche für unser Land unerheblich sind. Die pseudohafte kollektive Verantwortung im Rahmen suspekter internationaler Kooperation wird die Neutralität nie ersetzen, und das soll auch so bleiben!



Die NATO-Führung würde vor allem bei weittragenden Entscheidungen jene «Mitgliedchen» so gut wie überhaupt nicht konsultieren, die mit 100 bis 150 Soldaten «entscheidend» zur Konfliktlösung beitragen sollten. Doch der Bundesrat kehrt die Situation genau in ihr Gegenteil und glaubt wahrscheinlich allen Ernstes an die Illusion von der Sicherheit durch Kooperation. Faktisch räumen die Amerikaner in entscheidenden Momenten nicht einmal ihren NATO-Partnern ein wirkliches Mitspracherecht ein. Das Scheitern der Konferenz von Rambouillet am Vorabend des Kosovo-Kriegs folgte einzig und allein amerikanischem, zum kriegerischen Schlag entschlossenen Kalkül. Der Balkankrieg wurde von den Amerikanern im Alleingang entfesselt, wobei selbst den grossen Partnern nur untergeordnete Positionen blieben. Dasselbe Szenario

betrifft die mangelnde Information der amerikanischen Führung gegenüber den NATO-Partnern.

Zu guter Letzt ist zu vermerken, dass nur der Souverän eine Richtungsänderung erzwingen kann, indem er verhindert, dass die Landesregierung ihre utopischen Vorstellungen und ihr Helfersyndrom weiterhin pflegen und in die Tat umsetzen kann. Auch im neuen Jahrtausend entspricht es den Interessen eines Kleinstaates wie dem unsrigen, nicht in Konflikte hineingezogen zu werden, die unser Land nicht tangieren. Es ist also nötig, mittels Volksentscheid den Einsatz der Schweizer Armee im Ausland zu untersagen und die Landesregierung zur Respektierung der Neutralität zu zwingen. Wir wollen uns nicht in fremde Angelegenheiten mischen und schätzen es, wenn man sich in die unsrigen auch nicht einmisch.

Kein Spielzeug für unsere «Generäle»

186 schwedische Schützenpanzer für 990 Millionen, dazu 120 Schiesskommandanten-Fahrzeuge und 12 Mienenräumpflüge, alles soll für lumpige 1178 Mio. Franken nach dem Willen der Parlamente für die Armee beschafft werden. Früher wäre dieses Geschäft für die Schweizer Demokraten keine Frage gewesen. Heute sind Zweifel mehr als angebracht; viele reden von Schwachsinn. Ein Linksextremist, Idol vieler Linker, Grüner und Alternativer in der Schweiz, definierte: «Man kann ein Land auf zwei Arten erobern, kriegerisch mit einer Armee oder mit gezielter Einwanderung.» Nachdem Bundesrat Villiger und die Regierungsparteien hunderte von Zoll- und Grenzbeamten «eingespart» haben, 18% Ausländer aus 177 Nationen immer noch nicht reichen und der «freie Personenverkehr» mit der EU unser Land noch mehr überfluten wird (nebst 40-Tönern), stellt sich die Frage, was denn überhaupt noch verteidigt werden soll und wozu wir etwa die

12 Mienenräumpflüge brauchen werden? Totschlag, Erpressung und steigende Kriminalität haben wir doch längst schon mitten im Lande und mitten unter uns! Ein Blick in viele Schulzimmer, Quartiere und Betriebe zeigt, wir sind längst keine Nation mehr. Unsere Identität, unser nationaler Stolz wurde während Jahren gezielt kaputt gemacht. Was also soll noch verteidigt werden? Wir zahlen doch nicht Milliarden, damit ein paar «Generäle» und angefressene Stähler ihre Sandkastenspiele durchziehen können. Bundesrat Ogis Vision vom internationalen und gegenseitigen Schulterklopfen wird nie aufgehen; das lehrt uns die Geschichte. Schweizer Demokraten sind immer zu unserer Armee gestanden, solange Demokratie, Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität verteidigt wurde; beim Grössenwahn rufen wir laut und deutlich: Halt, so nicht!

Schweizer Demokraten,
SD Thurgau,
Hans Meyer, Geschäftsleitung

Fortsetzung von Seite 4

schaftlichen Handel werden in der EU total über 20 Mio. Rinder, Kälber, Schweine, Ziegen und Schafe über eine oder mehrere Landesgrenzen hinweg gehandelt, wobei die Schlachttiere oft zwischen 30 und 60 Stunden, häufig ohne Futter und Wasser, unterwegs sind.

Aus: Neues Bülacher Tagblatt

War Immanuel Kant ein Rassist?



Dr. med. Christoph Girtanner

Heute im Zeitalter der Antirassismus-Hysterie, amüsiert es mich festzustellen, dass einer meiner leiblichen Vorfahren ein namhafter «Rassist» war. Es handelt sich um den am 17. Mai 1800 (also vor 200 Jahren) verstorbenen St.-Galler Gelehrten Geheimrat Dr. med. Christoph Girtanner. Das Hauptwerk dieses vielseitigen Gelehrten trägt den Titel: «Das Kantische Prinzip für die Naturgeschichte.» Dieses mehr als 400 Seiten starke Buch ist ein klares Bekenntnis zu den Lehren des grossen deutschen Philosophen Immanuel Kant, 1724 bis 1804, geboren und gestorben in Königsberg in Ostpreussen.

Dieses Buch Girtanners ist 1796 in Göttingen veröffentlicht worden. Dort hatte mein Ahnherr sich vor allem heimisch gefühlt, war doch

die Universitätsstadt Göttingen damals eines der lebhaftesten Zentren des deutschsprachigen Geisteslebens.

In der Vorrede hat Girtanner den Zweck seiner Veröffentlichung folgendermassen umschrieben: «Der grosse Philosoph zu Königsberg (also Immanuel Kant) hat in drei Abhandlungen über die Menschenrassen, höchst scharfsinnige Gedanken geäussert, welche – wenn sie einer sorgfältigen Prüfung wären unterworfen worden – dem Studium der Naturgeschichte notwendig eine ganz neue Richtung hätten geben müssen...» Aus dem Titel dieses 416 Seiten zählenden Werkes ist also nicht klar ersichtlich, dass es sich um ein Lehrbuch über Menschenrassen handelt. Jedoch können wir von Immanuel Kant höchstpersönlich erfahren, wie er das Buch Girtanners einschätzte. Im zweiten Teil seiner «Anthropologie» sprach Kant den wichtigen Satz: «In Ansehung der (Menschen) Rassen, kann ich mich auf das beziehen, was Herr Girtanner davon in seinem Werk zur Erläuterung und Erweiterung schön und gründlich vorgetragen hat...»

Die bange Frage: war der grosse Philosoph Kant ein «Rassist»?

Da der Antirassismus heute das höchste Gebot der Moral ist, kommt der Verdacht auf, das Gir-

tanner und Immanuel Kant Rassisten waren. Heute also, wo der «Antirassismus» als höchste moralische Forderung gilt, wäre es durchaus logisch, ein posthumes Gerichtsverfahren einzuleiten, um diese heikle Frage zu prüfen. Denn diese beiden Forscher und Philosophen sind in hohem Masse des Rassismus verdächtig, da Kant sich mit geheimnisvoller und verschlüsselter Sprache äussert: «Man muss – auch wenn man mit Recht der Frechheit (!) den Meinungen feindlich gegenübersteht, doch eine Geschichte der Natur wagen, welche eine abgesonderte Wissenschaft ist, die wohl nach und nach von Meinungen zu Einsichten fortrücken könnte...»

Von einer «Rassenlehre» zu sprechen, war damals natürlich ebenso riskant wie heute, weil die französische Revolution von 1789 die Gleichheit aller Menschen verkündet hatte. «Rassisten» wurden mit der Guillotine hingerichtet. Zu erwähnen ist, dass Girtanner folgende Definition der Menschenrassen lieferte: «Eine Rasse ist der Klassenunterschied organischer Körper eines und desselben Stammes, insofern er unausbleiblich erblich ist». Immanuel Kant hat dieser Definition vorbehaltlos zugestimmt. Deshalb stellt sich mit unerbittlicher Strenge die Frage: Sind Kant und Girtanner somit als «Rassisten» zu bezeichnen, und muss man gegen

die beiden Theoretiker rückwirkend ein Strafverfahren eröffnen? Denn nach heutiger Gesetzgebung und Gerichtspraxis sind diese beiden Philosophen/Anthropologen



wegen schwerwiegenden Meinungsdelikten mit dem Vorwurf der Rassendiskriminierung behaftet. Mit ihrem Eifer des Definierens und des Suchens nach der Verschiedenheit der Rassenmerkmale haben die beiden Gelehrten eine untrügliche Absicht zur Diskriminierung entwickelt. Und gerade dieser Wille zur Diskriminierung wird durch alle Antirassismus-Gesetze streng bestraft. Es ergibt sich also folgende philosophische Knacknuss: Ist die staatliche Meinungsüberwachung etwa im Lager der Anti-Kantianer heimisch?

Dr. iur. Beat Christoph Bäschlin,
Tegna/TI



Aufruf:

keine Artikel aus Hunde- oder Katzenfellen zu kaufen

Im Dezember 1998 ist die Organisation Internationale pour la Protection des Animaux in den Besitz von einigen Video-Ausschnitten gelangt, die zeigen, wie Millionen von Katzen in China bei lebendigem Leib das Fell abgezogen wird. Dies zum Export ihrer Felle, damit Decken hergestellt werden können, die als Abhilfe gegen Rheuma dienen sollen. Auf diesem Aberglauben basiert ein ertragreicher Gesundheitsbetrug, der über die ganze Welt verbreitet ist. Ebenfalls in China werden Millionen von Hunden bei lebendigem Leib gehäutet, damit ihre Felle zur Herstellung von Pelzmänteln, Jacken, Schuhen usw. exportiert werden können. Auch in andern asiatischen Ländern werden Katzen zum selben Zweck und auf äusserst grausame Weise geschlachtet:

Die OIPA hat sofort eine VHS-Video-Kassette hergestellt, welche diese Gräueltat zeigt; sie hat auch eine weltweite Aktion gestartet, welche der Aktion von 1997 gegen die Restaurants in China, wo Hunden und Katzen bei lebendigem Leib die Haut abgezogen wird, damit man sie zubereiten kann, folgt.

Im Jahre 1997 haben wir beim Chinesischen Konsulat in Zürich (CH) über 100'000 Unterschriften eingereicht, die aber keine Beachtung fanden: Das genannte Konsulat vermeidet trotz unserer wiederholten Mahnungen sorgfältig jede diesbezügliche Korrespondenz und ignoriert die Bestürzung, welche unsere internationale Aktion ausgelöst hat. Aus diesem Grund ist die einzige Möglichkeit, diesen unglücklichen Tieren in China und in den andern asiatischen Ländern zu helfen, der Boykott der Produkte aus Hunde- und Katzenfellen.

1. **Katzenfelle und Decken aus Katzenfellen** (meist in Sanitätsgeschäften verkauft);
2. **Mit Katzenschwänzen verzierte Schlüsselanhänger, Spielzeug und Souvenirs mit Pelz, von Hand gearbeitete Sport- und Arbeitsschuhe, Möbel (Stühle, Sofas usw.) mit Leder, Lederjacken und -Mäntel usw.** (Diese Artikel tragen die Bezeichnung «echt Leder», doch es wird

nie angegeben, dass dieses «Leder» von Hunden stammt);

3. **Pelzmäntel aus «Gae-Wolf»** (Haushund aus Korea);
4. **Pelzmäntel aus «Corsak-Fox»** (Haushund aus China, Vietnam, Taiwan und anderen asiatischen Ländern);
5. **Pelzmäntel aus «Fox of Asia»** (Schäferhunde);

6. **Pelze aus «Finnracon»** (Waschbär, eine Wildhundart amerikanischen Ursprungs);
7. **Pelzmäntel und Kleidungsstücke aus «Genotte»** (Hauskatze);
8. **Pelzmäntel und Kleidungsstücke aus «Lipi»** (Hauskatze);
9. **Pelzmäntel aus «asiatic Finnracon» oder «asiatischer Waschbär»** (Haushund).
OIPA

Allah ist gross!

Bischöfe und «fromme» Christen sind seine Propheten. Das (von einem Bischof) beschworene Zitat aus dem 3. Buch Mose, 19.34 ist schwachsinnig («Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten...»). Mose lebte im 13. Jahrhundert vor Christus, also vor etwa 3300 Jahren. Der damalige (einzelne) Fremde war wohl ein durstiger Wüstenwanderer, den man – wie heute noch bei Nomadenvölkern – im Zelt trinkt. Gegenüber einer Invasion (von Millionen Fremder) hätte sich Mose gewehrt, wie sich heute erstaunlicherweise die Juden wehren gegen die Aufgabe ihrer Identität. Bei uns Christen brechen nun aber alle Dämme. Mein ma-

rokanischer (leidlich integrierter) Schwiegersohn sieht in jeder unserer alten Dorfkirchen eine Moschee.

Ich sehe die Zeit kommen, die der Konvertit Achmed Huber vor grosser Zuhörerschaft, halb Christen, halb Muslime, voraussagte: dank des (von Allah verliehenen) Ölreichtums werde uns der Islam überrollen. Die Christen sind schwach geworden, schwach auch die Kirchenleitungen. Es fehlen Führer, wie es Mose den Juden war. Nach dem Ausgang der 18 %-Abstimmung sehe ich schwarz für unser kleines, wehrloses Land, in welchem nur noch materielle Werte zählen.

Robert Berner, Rheinfelden

Das Buch zur oft gestellten Frage:



LUZI STAMM

Rechtsanwalt und Nationalökonom, seit 1991 Mitglied des Nationalrats als Vertreter der freisinnigen Partei Aargau.

Verfasser des Buches «Der Kniefall der Schweiz» zur Krise Schweiz – Zweiter Weltkrieg. 1993 bis 1998 Präsident der Vereinigung Helvecom (Helvetia-communication), die sich der Verbesserung der Informationsfreiheit und -vielfalt gewidmet hat.

Vor zehn Jahren fiel die Berliner Mauer. Die «goldenen 90er-Jahre» schienen nicht mehr fern. Tatsächlich waren die Voraussetzungen für eine Zukunft in Frieden und Wohlstand noch nie so gut. Wir haben es jedoch geschafft, die Schweiz in eine Identitätskrise zu stürzen und ihr Arbeitslosigkeit und Staatsdefizite in Rekordhöhe zu bringen. Die Zeche bezahlt der einfache Bürger. Die milliardenschweren zusätzlichen Lasten brachten «neue Armut», bis hinein in den Mittelstand.

Praktisch eine Verdoppelung der Bundeseinnahmen in nur zehn Jahren? Trotzdem in sieben Jahren mehr Schulden gemacht als in 150 Jahren zuvor? Wie war die kapitale Misswirtschaft der 90er-Jahre möglich? Wieso hielten die Politikerinnen und Politiker ihre Versprechen nicht ein? Gerade im Ständerat, wo immer mehr als 40 der 46 Mitglieder «bürgerlich» waren, hätte doch längst eine Korrektur erfolgen müssen?!

Viele Bürger haben das Vertrauen verloren. Sie reagieren mit Staatsverdrossenheit, gehen nicht mehr an die Urne und sagen sich: «Die machen in Bern ja sowieso, was sie wollen.» Ihr Unmut ist verständlich. Aber ist tatsächlich das Parlament schuld am offensichtlichen Versagen der Politik? Oder liegt ein Grossteil der Macht, der Verantwortung und somit auch der Schuld bei andern, die mehr Einfluss haben?

Das vorliegende Buch geht aus der Optik eines Nationalrats auf diese Fragen ein. Gezeigt wird dabei der grosse Druck, der via Medien auf die Politiker ausgeübt wird.

Bestelltafon

Ich bestelle das Buch

Wer hat die Macht in Bern?

Luzi Stamm



Anzahl Exemplare

Preis Fr. 34.80 inkl. MwSt., plus Versandkosten

Der Kniefall der Schweiz, Luzi Stamm

Preis Fr. 34.80 inkl. MwSt., plus Versandkosten



Anzahl Exemplare

Beide Bücher zusammen

Wer hat die Macht in Bern? / Der Kniefall der Schweiz

Preis Fr. 55.– inkl. MwSt., plus Versandkosten



Meine Adresse

Name

Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum

Unterschrift

Einsenden an:

KDA-Verlag, Postfach 3343, 5001 Aarau

Tel. 062-822 02 02, Fax 062-823 92 92

oder www.luzi-stamm.ch



Kanton Aargau



Herzliche Gratulation an Lidwina Wiederkehr

Am 24. September haben die SD Aargau einen schönen Erfolg erlebt: Unsere Kantonalpräsidentin Lidwina Wiederkehr, seit März dieses Jahres Gemeinderätin in Ringingen, wurde zur Frau Vize-Ammann gewählt und dies nicht etwa mit einem Zufallsmehr, sondern mit knapp 80% (!) der abgegebenen Stimmen.

Diese grossartige Wahl kann sich wirklich sehen lassen und die SD Aargau gratulieren Lidwina Wiederkehr herzlich dazu.

Wir wünschen ihr für ihre politische Karriere weiterhin viel Erfolg; der nächste Schritt wird wohl Frau Gemeinde-Ammann sein und dann...?

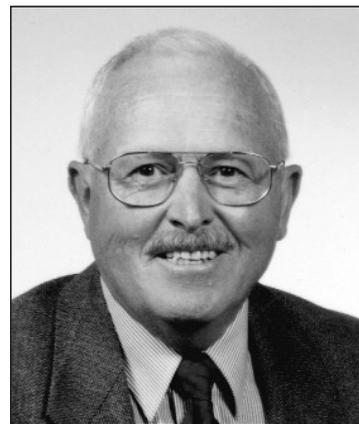
D. Najman

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Bern 	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Seeland/Biel	Höck jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Kongresshausrestaurant in Biel
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung	Stamm am 25. Oktober. Am 29. November: Fondue-Plausch (offeriert von der Partei; bitte anmelden: SD, Postfach 36, 9003 St. Gallen). Weihnachtsstamm 13. Dezember mit Schoggi, Nüssli, Guetzli und Kerzen. Wie üblich ab 19.30 Uhr in einem Saal des Rest. Dufour, wir erwarten Sie gerne!
	Sektion Wil und Umgebung	Stammtisch-Höck am 13. November 2000, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil
Zürich 	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, 8302 Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), 8105 Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metz, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf



St. Gallen



Gerne teilen wir Ihnen mit, dass bei den Gemeinderatswahlen vom 27. August im Kanton St. Gallen **Hans Wohlwend** wiederum als Gemeinderat ins Wiler Parlament gewählt wurde. Die Sektion Wil gratuliert ihm zu seinem Erfolg.

Für die Sektion Wil: Heidi Egli

Voranzeige:

Noch diesen Herbst erscheint das Buch unseres Redaktionsmitglieds Dr. med. Jean-Jacques Hegg:

Biopolitik.

Der Mensch in der Zerreissprobe zwischen Alt- und Neuhirn

Verlag Edition Hans Erpf, Bern/München, Paperback, 450 Seiten, 2 Abbildungen, Ladenpreis Fr. 44.-.

Bis zum Erscheinen kann das Buch mit dem **Subskriptionsprospekt zum ermäßigten Preis von Fr. 38.-** noch vorausbestellt werden.

Prospekte sind beim Verfasser erhältlich (Greifensee-strasse 35, 8600 Dübendorf).



Kanton Thurgau



Was tun Schwarze in St. Gallen?

Wie gut ist es doch, dass wir kritische Journalisten haben, die kritische Fragen stellen. Ein besonders kluger Zeitgenosse nannte sie «das Gewissen der Nation». Gewiss, Fragen zur Schlägerei von Afrikanern mit Skinheads wurden jede Menge gestellt, aber es gibt noch ganz andere, die offenbar niemandem eingefallen sind: Was tun so viele Afrikaner in St. Gallen? Sind es Asylanten, Schwarzarbeiter oder Studenten? Was taten sie denn um eine so späte Nachtstunde in einer Diskothek? Woher und wozu haben diese Leute aus einem bettelarmen Kontinent Handys? Wie kommt es, dass mittels Handy einige wenige Afrikaner innert kürzester Zeit über 60 Schwarze auf dem Platze hatten? Sie müssen schon auf den Beinen gewesen sein und sich auch im gleichen Quartier aufgehalten haben. In anderen Städten ist ein Grossteil des Drogenhandels in den Händen der Schwarzen; wie ist das in St. Gallen? Da wäre ja dann auch das Handy und die Anwesenheit in diesem Quartier der Stadt erklärbar. Schwarze dominieren in Zürich auch grosse Anteile in der Prostitution, sie beschaffen «das junge

Fleisch» aus Afrika. Frag: Sind die Schwarzen in St. Gallen die Lieferanten von jungen Afrikanerinnen für St. Gallen? War nicht ein St. Galler Professor «Halter» einer schwarzen Nutte in Zürich? Es ist auch bekannt, dass junge Mädchen aus 3. Weltländern von ihren eigenen Landsleuten nach Europa geködert werden, um hier mit einem Touristenvisa möglichst optimal im Sex-Gewerbe – oft gegen ihren Willen – ausgebeutet zu werden. Schliesslich würde mich brennend interessieren, welchen Status diese Schwarzen in St. Gallen haben. Sind es etwa Asylbewerber? Was aber haben sie in Diskotheken zu schaffen? Wozu brauchen diese angeblich armen Menschen Handys? Viele Fragen ohne eine einzige Antwort! Sicher und ausgewiesen ist nur das Eine: Afrikanische Asylbewerber, die Pässe, Papiere, Reise und Schleppergebühren für tausende von Dollars bezahlen können, sind zu über 95% Gauner. Das kann ich beweisen, denn in seinem ganzen Leben kann er nie so viele harte Devisen auf ehrliche Weise verdienen!

*Willy Schmidhauser,
Präs. SD, Thurgau*

Über 44% für «kleine Löli-Parteien»

Stellungnahme Abstimmungsausgang 18%-Initiative

Mit grossem Bedauern nimmt das Komitee «Noch zwei CH-Kinder in einer Klasse?» das Nein zur dringenden nötigen 18%-Begrenzung zur Kenntnis. Mit Inerate-Millionen, sogar bundesrätlichen Lügen, Verhinderung demokratischer Meinungsbildung und einer unglaublichen (DRS-) Medienkampagne gegen 700 Skins und «Rechtsextremismus» wurde die Information des Volkes verhindert. Heute sind wir mit all den Problemen einer sinnigen Einwanderung keinen Schritt weiter. Sicher aber wurden und werden so die gewahlttätigen und primitiven, antidemokratischen Elemente gestärkt. Kein einziger Mensch hätte gehen müssen, kein Härtefall hätte Tränen gebracht! Die letzte Chance, unser Land, unsere Identität zu erhalten ist jetzt «den Bach hinunter»! Schlimm ist die Tatsache, dass die Gegner keine Rezepte haben, ausser den Maulkörben, die sie Kriti-

ker der Multikultur verpassen. Im Thurgau ist der «Erfolg» der Bürgerlichen und vereinigten Linken penibel, ja miserabel. Einmal mehr haben «kleine Löli-Parteien» die überall schikaniert und gebremst werden, mehr erreicht als die angeblich so volknahen und mehrheitsorientierten Regierungsparteien. Über die Bücher müssten vor allem die Parteien und Medien. Demokratische Meinungsbildung mit Pro und Kontra wäre der einzige Weg. Die Aufmerksamkeit und das Wohlwollen, das Medien der Solarinitiative entgegengebracht haben, steht konträr zur Behandlung der 18%-Initiative, die in vielen Zeitungen nicht einmal vorgestellt wurde; so eine Schande! Unser Land wird untergehen, versinken in Gewalt, Chaos und Terror, Schuld daran werden ganz bestimmt nicht die Ausländer sein, sondern jene Schweizer, die einmal mehr zu faul waren, die Vorlagen

zu lesen und zu studieren. Es muss aber auch jenen 56 von 100 Herrschaften ein gewaltiger Vorwurf gemacht werden, die zu bequem waren, an die Urnen zu gehen oder brieflich abzustimmen. Der einmal mehr auf Lohndumping hoffenden Wirtschaft seis ins Stammbuch geschrieben, mit täglich fallendem

Bildungsniveau, sinkenden Moralvorstellungen, Gewalt und Kriminalität lassen sich kaum wirtschaftliche Spitzenleistungen erbringen. Soll die restliche Wirtschaft, wie im Falle Sulzer, ebenfalls aufgelöst und verscherbelt werden?

Komitee «Noch zwei CH-Kinder in einer Klasse?»



Kanton Bern



Berner Stadtratswahlen vom 25./26. November 2000

Die Schweizer Demokraten der Stadtsektion Bern treten mit insgesamt 24 Kandidatinnen (7 Frauen) und Kandidaten (17 Männer) in die bevorstehenden Stadtratswahlen an. Nach Ablauf der Amtszeit von Alfred Jordi verbleiben von den bisherigen Stadträten nur noch Lydia Riesen und Peter Bühler.

Unser Wahlziel 2000 lautet:

Um der rot/grünen Mehrheit im Stadtrat erfolgreich entgegenzutreten, wollen die Schweizer Demokraten wieder stärkste rechtsbürgerliche Partei in der Stadt Bern werden. So strebt die Partei mindestens Fraktionsstärke, wenn möglich aber sogar fünf Sitze an. Bei der guten kollegialen Stimmung und Zusammenarbeit innerhalb der Partei und der Bevölkerung könnte dieses Ziel als realistisch erscheinen. Immerhin ist es der Stadtsektion Bern erstmals gelungen, eine grosse Listenverbindung innerhalb des gesamten bürgerlichen Spektrums zu verwirklichen.

*Hans Peter Riesen,
Grossrat und Parteipräsident, Bern*

Stadtratswahlen Bern:

SD Liste 5



Lydia Riesen **Peter Bühler** **Dieter Beyeler**

05.01.1 Lydia Riesen, bisher
1948 Sekretärin / Hausfrau. Präsidentin Städt. Stimmausschuss, Mitglied: Vormundschaftskommission, Staatsbürgerliche Gesellschaft, Leist Bern-Nord, «Bern Aktiv», Verein für Familiengarten
05.03.7 Peter Bühler, bisher
1966 Wirt/Assistent Manager, SD Kantonalpräsident, Mitglied: Boxclub Gloria, JFK-Gesellschaft, besondere Interessen: Musik, Film, Kampfsportarten
05.05.3 Dieter Beyeler
1948 techn. Industrieberater. SD Vizepräsident Stadtsektion. Mitglied: Städt. Energiekommission, Bern. Aktiv, Schulkommission Bethlehem, Vizepräsident städt. Stimmausschuss



Robert Meyer **Monika Leu** **Willi Schüpbach**

05.07.0 Robert Meyer
1960 Treuhänder/Revisor, SD Sekretär Stadt- und Kanton, Hobbys: Billard, Velofahren, Schach
05.09.6 Monika Leu
1960 Notariatsangestellte/Hausfrau, Mitglied Schulkommission Bümpliz/Höhe, Vizepräsidentin und Geschäftsführerin einer Familienstiftung
05.11.8 Willi Schüpbach,
1943, Garagist, Mitglied Schulkommission Oberbottigen, Kleinkaliberschiützenverein Bern, Hobby: Fischen



Marlies Caputo **Daniel Bigler** **Remo Kupferschmid**

05.13.4 Marlies Caputo-von Gunten
1955, Buchhalterin, Mitglied Schulkommission Wankdorf/Breitfeld, Hobbys: Lesen, Handarbeiten
05.15.1 Daniel Bigler
1958, EDV-Supporter besondere Interessen: Joggen, SCB-Fan
05.17.7 Remo Kupferschmid
1966, Koch/Mitarbeiter Securitas besondere Interessen: Computer, Lesen, Fitness
05.19.3 Toni Walpert
1951, Aussendienstmitarbeiter besondere Interessen: Wandern, Skifahren, Tauchen
05.21.5 Niklaus Pfander
1932 Städt. Beamter in Pension, besondere Interessen: Musik, Fischen, Jagen

Fortsetzung Seite 10

Stadtratswahlen Bern

Fortsetzung von Seite 9

05.23.1 Heidi Soltermann

1935, Filialleiterin in Pension ehemaliges Schulkommissionsmitglied, besondere Interessen, Lesen, Wandern



Toni Walpert **Niklaus Pfander** **Heidi Soltermann**

05.25.8 Peter Rüedi

1961, kaufm. Angestellter besondere Interessen, Geschichte, Politik, Fussball, Jassen

05.27.4 Peter Blättler

1959, kaufm. Angestellter, besondere Interessen: Singen Mitglied im Berner gemischten Chor

05.29.1 Monika Oppliger

1956, kaufm. Angestellte besondere Interessen: Lesen, Wandern

05.31.2 Jean Saffo

1932, Ingenieur in Pension besondere Interessen: Rotary-Club International

05.33.9 Daniel Berger

1939, Eidg. Beamter, Mitglied Schulkommission Schwabgut, besondere Interessen: Wandern, Skifahren, Jassen

05.35.5 Daniel Hostettler

1968, Spediteur, Transportunternehmer, Hobbys: Lesen, Reisen

05.37.1 Verena Berger

1942, Hausfrau / Pflegeassistentin, besondere Interessen: Wandern, Skifahren, Jassen

05.39.08 Max Rhyn

1926 Rentner, besondere Interessen: Lesen, Reiten

05.41.0 Daniel Oppliger

1956 kaufm. Angestellter, besondere Interessen: Lesen, Reisen

05.43.6 Germaine Rhyn

1926 Hausfrau, Rentnerin besondere Interessen: Handarbeiten, Lesen

05.45.2 Hans Auer

1932, Kaufmann, besondere Interessen: Joggen, Musik

05.47.9 Hans Lavoyer

1934, Büroangestellter, besonderes Interesse: Politik allgemein



Peter Rüedi **Jean Saffo**

Wahlen Ostermundigen: SD-Liste 6

Ebenfalls in Ostermundigen treten die SD mit einer eigenen 6-köpfigen Wahlliste an. Wahlziel ist auch hier die Verteidigung der 2er-Fraktion. Der Polizist und bisherige SD-Gemeinderat **Wilfried Gasser** ist hier Spitzenkandidat.



ren lassen, denn ihnen würde vielfach die Sprachkompetenz zum Verständnis der Vorlagen fehlen. Einige Gedanken zu den Stichworten: Rütli, Malers und Restaurant «Stop», Fischenthal. Erstaunlich ist, wie immer rechtzeitig vor wichtigen Urnengängen Rechtsextreme und Neonazis aus den Zauberrüthen der Kampagnenleiter gezaubert werden können, um so ein Klima gegen eine Begrenzung der Einwanderung zu schaffen. 1988 sind kurze Zeit vor der Abstimmung über die NA-Initiative plötzlich Nazigruppen in Winterthur aktiv geworden, welche sich vor laufenden Kameras mit «Autonomen» prügeln. Schlagzeilen mit Hinweisen auf Verbindungen zu den Initianten fanden landesweit Verbreitung. Nach der Abstimmung wurde es schlagartig totstill und der Anführer der «Nazis» verzog sich für ein Jahr auf die Meerjacht eines Regattaseglers. Ähnliches ist über das Erscheinen von Marcel Strebel zu vermeiden, welcher übrigens von einem reichen Geschäftsmann mit einer 5-stelligen Summe subventioniert worden war. In Schwyz wurde hinter verschlossenen Türen Gericht gehalten, denn es wäre sehr peinlich gewesen, hätte das Schweizervolk erfahren, wer Strebel gesponsert hatte.

Am 1. August, also rechtzeitig vor der 18-Prozent-Abstimmung, ist jene Rechtsextremismus-Medien-Kampagne riesigen Ausmasses losgetreten worden, die mit den Er-

eignissen in Malers und Fischenthal weiter gepflegt wurde. Die Vermutung sei erlaubt, dass all diese erwähnten Ereignisse nach klassischem Stasi-Muster aufgezogen wurden; dies mit dem Ziel, die Wählerschaft von einem JA zur 18-Prozent-Initiative abzubringen. Mit der Sichtung der Stasi-Akten sind in der Bundesrepublik ähnliche Vorkommnisse ans Tageslicht gekommen. Dort haben östliche Geheimdienste gewirkt, welche Aktionen angeordnet, organisiert und finanziert haben, um so den Verdacht auf schwelenden Nationalsozialismus in Deutschland zu schüren. Die etwas gewagte Vermutung sei erlaubt: «Wer weiss, vielleicht arbeiteten gewisse Partei- oder Public-Relations-Zentralen bei uns mit arbeitslosen, stasi-erfahrenen Ostagenten zusammen, als es darum ging, eine entsprechende Stimmung vor dem Urnengang über die 18-Prozent-Initiative zu produzieren.»

Abschliessend betonte Steffen mit Blick auf sein Alter und auch auf jenes einiger Vorstandsmitglieder, dass ein Generationen-Wechsel im Gange sei. Mit dem Präsidenten und dem Aktuar seien bereits aktive Junge im Vorstand tätig. Ein Zuzug von weiteren Jungen sei wünschenswert und werde gefördert. Auch würden mehr Schulung und Stammtisch-Runden geplant. Nach rund sechs angenehmen Stunden konnte Präsident Roli Brändli den offiziellen Teil schliessen. Von Resignation war nichts zu spüren.

**Kanton Zürich**

SD Bezirkssektion Hinwil Familien-Grillplausch

Am Sonntagnachmittag, 1. Oktober, versammelten sich Mitglieder und Freunde der SD Bezirk Hinwil im alten Schützenhaus «Wernetshausen-Hinwil» zu einem geselligen Familientreffen mit Musik, Speis, Trank und aktueller Politik. (sh) Präsident Roli Brändli konnte Einzelpersonen und Familien mit Kindern an diesem Anlass begrüßen. Es war für alles gesorgt: Holzkohलगrill, Salatbuffet, Getränke aller Art und Dessertkuchen. Waltraud Erhart bereicherte den Anlass mit unterhaltsamen, vielseitigen Musikbeiträgen. Natürlich entwickelten sich interessante Gespräche über politische Themen. Vom Präsidenten aufgefordert hielt alt Nationalrat Hans Steffen eine kurze Ansprache zum Thema «Die SD vor und nach dem 24. September 2000». Mit Blick auf die 18-Prozent-Initiative entwickelte er Gedanken zur Frage, ob die Zeit wohl für oder gegen die SD arbeite werde.

Auszug aus Steffens Rede: «Sollten die Probleme mit der multikulturellen Schweiz in Schulen und am Arbeitsplatz noch weiter zuneh-

men, müsste sich das Stimmvolk vielleicht endlich einmal daran erinnern, wer seit 1961 den Kampf für eine Begrenzung der Einwanderung und damit gegen die Überfremdung geführt hat – nämlich die Schweizer Demokraten. Die SVP, welche sich andauernd mit millionenschwerer Inseratewerbung als Kämpferin gegen negative Auswirkungen im Ausländerbereich verkauft und so die SD konkuriert, hat keine einzige Initiative der SD gegen die Überfremdung unterstützt. Die Zeit könnte auch gegen die SD arbeiten. Sollte die erleichterte Einbürgerung Tatsache werden, würden die Ausländerzahlen der Schweiz auf europäisches Niveau sinken. Die ausländischen Neubürger würden ohne Zweifel die politische Macht der Linken und Grünen merklich stärken. Die direkte Demokratie ist aber sprachlich anspruchsvoll. Bürgerinnen und Bürger müssen die Vorlagen der Behörden verstehen und beurteilen können. Viele Ausländer würden bestimmt einfach den Abstimmungsparolen der Linken folgen und sich auch von diesen mobilisie-

Motion von Bernhard Hess im Nationalrat:

Rückkehr zur alten Rechtschreibung

Im Verwaltungsorganisationsgesetz und/oder in den Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung sind die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Schweiz bei der missglückten Rechtschreibreform nicht mehr mitmacht und somit zur alten Rechtschreibung zurückkehrt.

Begründung

Spätestens mit der Rückkehr der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» zur alten Orthographie wurde offenkundig, was uns schwer vorauszusagen war: Die Rechtschreibreform ist auf Grund gelaufen. Leider wurden die seinerzeitigen Warnungen von Fachleuten aus dem Druckereigewerbe und dem Verlagswesen, aber auch der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung sowie

namhafter deutscher Schriftsteller («Frankfurter Erklärung» von 1996) in den Wind geschlagen. Die Hartnäckigkeit einiger ewigmorgiger Reformen und die regelungsfreudige Staatsbürokratie haben sich, wie üblich, durchgesetzt.

Die Tendenz geht nun in Richtung von «Hausorthographien», wie dies früher – vor der Einführung der deutschen Einheitsschreibung von 1901 – notgedrungen der Fall war. Ein Beispiel ist die Umsetzung der Rechtschreibreform in der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ vom 15. Mai 2000). Es wird unverblümt darauf hingewiesen,



«Die Rechtschreibreform ist vollkommen in Ordnung... wenn man weder lesen noch schreiben kann.»

Vicco von Bülow, besser bekannt als Loriot

«Der offene Brief»

Lehrerin fragt: «Kennen Sie die Menschenrechte, Herr Keller?»*Sehr geehrter Herr Keller*

Schon die Überschrift «Einwanderungsbegrenzung ein Menschenrecht!» auf der Titelseite fesselte meinen Blick. Ich finde es sehr arrogant und hässlich, diese Überschrift ausgerechnet für diesen Sachverhalt zu verwenden! Sie wollen hilfsbedürftigen Menschen den Einlass in die Schweiz versperren und bezeichnen dies auch noch als Menschenrecht. Wie steht es denn um die Menschenrechte die-

ser Leute? Kennen Sie die Menschenrechtskonvention überhaupt? Wohl kaum...

Sie argumentieren immer wieder mit den niedrigeren Ausländerquoten in andern europäischen Ländern. Doch woher kommt das? In diesen Ländern werden Ausländer leichter und früher eingebürgert als in der Schweiz. So werden Leute, die in der Schweiz als Ausländer gezählt werden, dort als Bürger dieses Landes gerechnet.

Wir antworten:

«Doppelmoral als Zeichen der Zeit?!»*Sehr geehrte Frau D.*

Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Zeilen, denn wir schätzen durchaus auch negative Resonanzen, weshalb ich in der Regel die Aufgabe übernehme, die teilweise beträchtlichen Protestbekundungen in literarischer Form zu beantworten. Also verstehen Sie bitte, wenn Herr Keller nicht persönlich dazu Stellung nimmt, zumal ich in meiner Eigenschaft als Mitarbeiter sowohl von Herrn Keller als auch von Herrn Hess absolut kongruent liege mit der politischen Argumentation unsererseits bezüglich des Brennpunktes «Ausländer-/Asylpolitik».

Lassen Sie mich gleich a priori festhalten, dass die sogenannte «Menschenrechtskonvention» ein Produkt von unvergleichbarer Heuchelei und Inkonsequenz darstellt.

Menschenrechte, wie sie gerade von ihren zweifelhaften Verfechtern, den Vereinigten Staaten von Amerika, stets interpretiert werden, haben mit der moralischen Auffassung vom Schutz des Individuums absolut nichts zu tun. Denken Sie nur schon an die widersprüchlichen Aktionen seitens der NATO betreffend militärischer Einsätze, die als «humanitär» etikettiert wurden, gleichzeitig jedoch einerseits das pure Gegenteil bewirkten und andererseits ohnehin schon leidende Völker noch mehr in die Agonie trieben. Im Falle von Riesenreichen jedoch, welche die westliche Auffassung von Menschenrechten nun einmal nicht teilen und Repressalien gegen Dissidenten und Hungerpraxis gegen die Bauern pausenlos vorerzieren, wird zynischerweise von den

dass gewisse Änderungen der «Logik des Sprachverständes klar widersprechen». Darum bleibt die NZZ in vielen Fällen bei der alten Schreibung (Gemse, aufwendig, behende, selbständig, nicht: Gämse, aufwändig, behände, selbständig usw.). In der Getrennt- und Zusammenschreibung, wo der Änderungsdrang der Reformen auf einen eigentlichen Kahlschlag hinausläuft, beharrt sie auf der Beibehaltung von sprachlichen Differenzierungsmöglichkeiten: eine Dame sitzen lassen / sitzenlassen, ein nichts sagender / nichtssagender Reisegefährte, allein stehende Alleinstehende usw. Die Abweichungen der NZZ von der neuen Schreibung sind zahlreich, aber allesamt mehr als gerechtfertigt. Dem

NZZ-Leser bleibt einiges erspart – so hoffentlich auch Schreibungen wie der *Asyl Suchende, die Grundwasser führenden Schichten usw.*

Wie soll es weitergehen? Am besten ist es, die misslungene Übung abubrechen. Wenn man sich nicht dazu durchringen kann, bleibt nur eine «Reform der Reform», wobei – und das wäre das Mindeste – die von der NZZ getroffenen Regelungen zu berücksichtigen wären. Nur so besteht die Hoffnung, wieder zu einer allgemein akzeptierten Einheitsschreibung zurückzufinden. Ein orthographisches Durcheinander ist auf Dauer für Schulen, Schreiber, Verlage und Druckereien, aber auch für die Stellung des Deutschen als Kultursprache verhängnisvoll.

So wie Sie diesen Vergleich der Ausländerquoten anbringen ist er also nicht aussagekräftig und falsch ausgelegt.

Wann begreifen Leute wie Sie endlich, dass jeder Mensch gleich wertvoll ist, egal welcher Herkunft er ist?!

«Qualifizierte Wissenschaftler», «Führungskräfte» und Studenten wollen Sie unbegrenzt (?) einlassen. Aber wer verrichtet all die «schmutzige» Arbeit, für die wir Schweizerinnen uns zu gut vornehmen? Die meisten Schweizerinnen und Schweizer sind nicht bereit, schlecht bezahlte, anstrengende und «schmutzige» Arbeiten zu verrichten und sind noch so dankbar wenn dies still im Hintergrund Ausländer für sie erledigen. Gerade solche Arbeitskräfte könnten nach der Annahme der 18%-Initiative nicht mehr in unser

Land kommen. Auch darüber müssen Sie das Volk informieren.

Sie haben Angst, dass die Kultur der Schweiz verloren geht. Da stellen sie unserer Kultur doch ein Armutzeugnis aus. Wertvolle und erhaltenswerte Kultur überlebt... Sie können sich in der Schweiz doch nicht so «abschotten» und von andern Kulturen und Ländern nichts wissen wollen.

Allgemein argumentieren Sie und Ihre Partei sehr oberflächlich und nicht ganz korrekt! Nehmen Sie das Beispiel mit den Ausländerquoten in verschiedenen europäischen Ländern. – Mich können Sie damit jedenfalls nicht beeindrucken und beeinflussen! Es würde mich sehr interessieren, wie Sie Stellung nehmen zu den von mir kritisierten Punkten.

R. D., Schwarzenburg

Vereinten Nationen geflissentlich ignoriert; man könnte ja schliesslich einen wichtigen Handelspartner verlieren! Darüber hinaus finde ich es schon ziemlich peinlich, wenn gerade der Staat Israel quasi auf Initiative des rassistischen Vorsitzenden des rechtsextremen Likud-Blocks, Ariel Sharon, im Westjordanland einmal mehr die Waffen sprechen lässt, um ein paar freiheitskämpfende junge Palästinenser von der Strasse zu treiben. Also, Frau D., wenn Sie schon die Menschenrechte anschnitten, dann bleiben Sie bitte bei den faktischen Verfehlungen, wie ich sie eben genannt habe.

Zur Begrenzung der Einwanderung gibt es lediglich zu sagen, dass unser Land – völlig unabhängig von beschleunigten Einbürgerungen, die höchstens kosmetischen Charakter haben würden – mittelfristig Gefahr läuft, die ständig wachsende Bevölkerungsdichte nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. Wir haben in der Schweiz bereits jetzt eine der höchsten Bevölkerungsdichten in Europa und sind in der Tat gefordert, endlich Massnahmen zur Eindämmung dieses Wachstums zu ergreifen; Integration hin oder her! Wir von den Schweizer Demokraten versuchen diese Missstände in der Ausländerpolitik, wie sie von Landesregierung und etablierten Parteien förmlich provoziert wurden, primär mittels «Schocktherapie» (Reglementierung des Ausländerbestands) und anschließenden Integrationsmassnahmen einigermassen zu beheben. Selbstverständlich haben wir nichts gegen «Ausländer»; ich selber bewege mich häufig in serbischen Kreisen. Wir sind jedoch der Auffassung, dass im Zusammenhang zur fanatischen Umsetzung einer sogenannten «multikulturellen» Gesellschaft insofern Vorsicht geboten ist, als es nun einmal aussereuropäische (Religions-) Volksgruppen in unserem Lande gibt, die teil-

weise enorm viel Mühe bekunden, sich an die hiesigen Sitten und Gebräuche schlichtweg anzupassen. Wir haben als Schweizer Bürger das Recht, die bedingungslose Akzeptanz unserer mystisch-mythologischen und weltlichen Traditionen einzufordern; ohne Widerspruch!

Ich finde es wirklich sehr mühsam, wenn wir von der Gegnerschaft immer wieder mit dem klassischen Beispiel des «Ausländers, der hier die Drecksarbeit verrichtet» konfrontiert werden müssen. Es ist dermassen absurd, eine solche eindimensionale und immer wiederkehrende «Argumentation» zum Besten zu bringen, zumal gerade solche Bemerkungen absolut nichts mit der vernünftigen Regelung der Zuwanderung in unser Land zu tun haben. Es ist deshalb ein Menschenrecht, die Einwanderung zu begrenzen, weil wir die exponentiell wuchernde Bevölkerungsdichte unserem Land und unseren Bürgern – Einheimischen wie Ausländern – nicht mehr zumuten können, dürfen und wollen. Ich mache Sie in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass der deutsche Innenminister und ehemalige RAF-Sympathisant Otto Schily neulich vermerkt hat, dass infolge der Mobilmachung gegen den Rechtsextremismus nicht plötzlich ein Verbot bezüglich der Immigrationsdiskussion einsetzen dürfe, womit er völlig richtig liegt. Ich bin ohnehin gewissermassen erstaunt und auch erfreut zu sehen, dass die rot-grüne Bundesregierung in Deutschland im Gegensatz zu ihren christlichdemokratischen Vorgängern offensichtlich gemerkt hat, dass die Asyl- und Ausländerpolitik in teutonischen Ländern restriktiver werden muss; bei einem Ausländeranteil von gut 9 Prozent! Da sollen ausgerechnet wir uns Vorwürfe machen? Ich bitte Sie!

Freundlichst grüsst

Alexander Nyffenegger,
stellvertretender SD-Parteisekretär

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

SD «eine echte Wucht»

Die Ausgabe Nr. 8/9 September 2000 war eine echte Wucht. Es hat mich fast vom Stuhl gehauen, als ich diese Ausgabe gelesen habe; schonungslos haben Sie die linke Gefahr und deren dunklen Machenschaften in unserem Land dargestellt.

Europa resp. die EU ist nichts anderes als eine linke Diktatur nach sowjetischem Muster; keine freie Meinungsäußerung in kritischen Fragen der Einwanderung, demokratische Staaten wie Österreich werden geknebelt und isoliert usw. Stalin und seine Genossen lassen grüssen! Auch der Artikel über unsere Bundesräte, die uns am Laufmeter anlügen, fand ich echt stark. Besonders Bundesrat Ogi mit seinem krankhaften Geltungsbedürfnis

im Ausland hat in ihrem Artikel sein Fett abbekommen. Es wird Zeit, dass wir die Machenschaften unserer heiligen Kühe im Bundeshaus schonungslos ans Licht zerren. Bundesräte, die sich gegen die Entschiede des Stimmvolks wenden und schalten und walten wie es ihnen passt, haben in Bern nichts verloren; sie gehören demokratisch abgesetzt und zwar durch das Stimmvolk! Diese Ausgabe des «Schweizer Demokrat» kommt nicht ins Altpapier; sie wird aufgehoben, macht weiter so!

Philippe Hurni (hurni@magnet.ch)

Anmerkung der Redaktion: Der «Schweizer Demokrat» gehört nie in den Papierkorb, sondern immer in die Hand eines neuen Lesers.

Multikulti-Nationalmannschaft

Auch ich sah mir das WM-Qualifikationsspiel der Fussball-Nationalmannschaft Schweiz gegen Russland an. Langsam hat man sich daran gewöhnt, dass im Spitzensport nicht mehr der Fritz Meier und der Walter Müller spielen, sondern längst durch Pascolo, Cantaluppi, Mazzarelli und Hakan Yakin ersetzt wurden. Bei dem WM-Qualifikations-Fussballspiel wurden nun zwei dunkelhäutige Spieler namens Lubamba und Nxufo eingesetzt. Die Schweiz hatte bekannt-

lich das Spiel trotz exotischen Fussballern verloren. Gedanken machte ich mir, wenn die Schweiz das Spiel gewonnen hätte und wie es dann in der Presse gelaundet hätte. Dank «Ausländern» das Spiel gewonnen!

Interessant wäre auch zu wissen, wie die beiden Schwarzen Lubamba und N'Kufo zu ihrem Schweizer-Pass gekommen sind. Welche Kriterien haben sie erfüllen müssen?

Kurt Koller, Lichtensteig

Statt Telefonbücher «Directories»

Kürzlich haben die Telefonabonnenten in der Schweiz eine Bestellkarte zum Kauf von zusätzlichen Telefonbüchern erhalten. Nicht etwa von der altvertrauten PTT, die aus kommerziellen Gründen und in Nachahmung der EU-Gepflogenheiten in «Die Post» und Telecom geteilt wurde. Die Swisscom verkauft jetzt statt Telefonbücher

«Directories». Nach meiner Ansicht ist diese Bezeichnung eine Zumutung für den Grossteil der Schweizer Bevölkerung, der über keine oder bloss geringe Englischkenntnisse verfügt.

Es erstaunt mich, dass die sonst so sehr auf Tradition und Eigenständigkeit unseres Landes pochende SVP noch nichts gegen den euro-

paweiten Missbrauch der englischen Sprache unternommen hat. Sie hätte mehr Chancen im Parlament als die Schweizer Demokraten, die mit ihrem Vorstoss leider abgeblitzt sind. Als ehemaliger Englischlehrer, der keiner politischen Partei verpflichtet ist, unterstütze ich Bernhard Hess in der Auffassung, dass sich zumindest

der öffentliche Dienst einzig der Landessprachen zu bedienen hat. – Ich ermuntere sämtliche Besteller von Telefonbüchern dazu, auf der entsprechenden Karte die Adresse «Directories AG» durchzustreichen und stattdessen «Telefonbücher AG» zu schreiben.

Kurt Meister, Bellmund

«Verfassungswidrig»

Der Bundesrat schickte eine kostspielige Schweizer Kompanie (Swisscoy) unter Neutralitäts- und verfassungswidrigen Vorspiegelungen – bewaffnet – nach Kosovo. Laut Bundesrat Ogi vom 12. Juni 1999 soll die Swisscoy unbewaffnet sein und durch das österreichische Kontingent beschützt werden! Für den österreichischen Kommandanten aber «...sind die Schweizer bewaffnet, nehmen bei ihrem Aufträgen Waffen mit und organisieren den Waffeneinsatz selbst» (Rundschau vom 1. Dezember 1999)! Dies trotz ablehnendem Volkentscheid zu Auslandseinsätzen von Schweizer Soldaten (Blauhelme-Abstimmung). Die EDA-Zeitschrift «Schweiz global» – Ausgabe Januar 2000 – zeigt Swisscoy-Soldaten, die versuchen, eine wüste Unrathalde aufzuräumen. Eine sinnvolle Arbeit bei der dortigen, dramatischen Arbeitslosigkeit? Im Swisscoy-Abenteuer sind etwa 150 Personen eingesetzt. Das Budget beträgt 54 Millionen Franken für einen Einsatz von 13

Monaten. Seine Wirksamkeit ist umstritten. Ein aussagekräftiger Vergleich: Das wirkungsvolle und weltweit anerkannte Katastrophen-Hilfskorps (SKH) stützt sich auf 1500 ausgebildete Spezialisten. Rund 500 davon sind ständig kurzfristig disponibel. Das SKH leistete in den ersten 11 Monaten 1999 406 Einsätze in 44 Ländern. Sein Jahresbudget betrug 1998 rund 27 Millionen Franken.

Wie sieht eine Kosten-Nutzen-Rechnung im Vergleich SKH/Swisscoy aus? Wem dienen Swisscoy-Fremdenlegionäre? Dem Ansehen der Schweiz? Kosovo? Oder dem Ego einzelner Magistraten zwecks Anbiederung an «das Ausland», dass diese Geste entweder nicht nur Kenntnis nimmt oder nicht begreift?

Wir brauchen zwingend ein Verfassungsgericht, bei dem wir gravierende Verstösse vereidigter Mandatsträger gegen die Verfassung einklagen können!

Hans Biedermann, Kappelen

«Radikale?»

«Radikales» Medien-Wischiwaschi-Ablenkungs-Manöver? Von hüben und drüben wird spekuliert, wer die Rütli-Schweizerfahne per 1. August 2000 gegen das EU-Sternenbanner ausgetauscht haben könnte. Waren es «Rechtsradikale», wie Linke meinen, waren es «Linksradikale», wie Rechte es vermuten? Waren es überhaupt «Radikale»? Muss alles «radikalisiert» werden? Wenn ja, stellt sich die Frage: Waren es vielleicht «Schweizer-Radikale» (à la Wilhelm Tell und Gefährten), die am Gründungsort der Schweiz – der Rütliwiese – mit diesem «Protest» kund tun wollten, dass sie mit dem

Benehmen des angekündigten bundesrätlichen Redners und seinem Erscheinen am historischen Ort nicht einverstanden sind, weil er als Entschuldiger der ersten Stunde die (noch andauernden) Erpressungen unseres Landes eingeleitet hat, weil er sich als vehementer Solidaritätsstiftungs-Befürworter betätigt, weil er dafür das Volksgold verhökern lässt und das zur Zeit des niedrigsten Goldpreises, weil sie meinten, zu ihm – dem auch noch EU-UNO-Beitritts-Engagierten und Globalisierer – passe die EU-Flagge besser, denn das Schweizerkreuz?

Robert Weber, Olten

Schweiz zahlt Asylbewerberin aus dem Kongo 6000 Franken

Brav, weiter so. Bald wird uns halb Afrika seine TBC-, Hepatitis B- und Aids-Kranken senden! Die Krankenhäuser werden besser ausgelastet und es müssen wieder viele Betreuer- und Beraterposten ge-

schaffen werden. Auf unsere Kosten! Man kann dann wieder Leistungen der IV-AHV etc. senken, um die Kosten auszugleichen. Was für ein Wahnsinn!

W. Greber, Acquarossa



Question d'intégration

Le résultat des votations de dimanche sur les 18% fait ressortir les mesures à prendre pour intégrer nos hôtes étrangers. L'attitude la plus étonnante est celle du président de l'association Suisse-immigrés à Neuchâtel qui naturellement se congratule de l'acceptation des Neuchâtelois qui ont accordé à leurs hôtes le droit de vote sur les plans communal et cantonal. En effet, lors de son interview à l'émission de «Mise au Point», il a laissé entendre que ce sont les citoyens suisses qui devaient faire un effort pour comprendre et accepter les différences de cultures de chaque ressortissant étranger. D'ailleurs c'est exactement l'attitude des associations humanitaires et même de nos autorités qui ne font rien pour redresser cette fausse interprétation.

L'intégration doit être un sentiment très fort de future appartenance au milieu nouveau qui attend chaque immigré. Si je vais dans le Golfe, je ne peux en aucune façon refuser de sortir les bras couverts, d'être accompagnée par un chauffeur dans ma voiture ou d'aller sans un homme au restaurant. On ne va pas m'offrir des râclettes ou de la fondue lors d'agapes publiques ou privées et je suis sensée parler l'arabe ou l'anglais, deuxième langue officielle.

Lorsque je me suis installée en Pologne, ma première réaction a été d'apprendre cette langue difficile qu'est le polonais, toute seule grâce à la méthode Berlitz, et nous étions à l'époque beaucoup d'étrangères venant d'Italie et autres pays occidentaux ayant épousé des Polonais

et il n'y eut aucune intervention politique au Sénat pour exiger des subventions scolaires pour nous enseigner le polonais. Nous avons accepté de manger du bigoz, du barszcz, et de la salade au yoghourt sucré, et pour ma part je me suis privée de fondue et de râclette pendant dix ans, alors qu'en parallèle je buvais de la vodka et plus de bons vins.

C'est ça la véritable intégration, celle qui vient du cœur et de l'estomac, de l'intellect et d'un changement dans le rythme du quotidien, ce n'est certes pas le pigeon rôti qui tombe du ciel, ou l'aumône d'un enseignement gratuit comme une aide de psy.

Le comble en Suisse, c'est que les citoyens calmes et tranquilles qui n'ont pas l'habitude des tam-tams

nocturnes et qui appellent la police pour faire appliquer la loi du repos après 22.00h. se voient morigénés par les pendores qui leur font la morale de la patience, de la compréhension et de l'intégration à rebours. D'ailleurs, une fois leur dos tourné, le bruit repart de plus belle. Donc, s'il y a des gens qui annoncent le français ou l'allemand après 10 ou 20 ans passés chez nous, c'est de la mauvaise volonté, de la paresse et un refus inconscient de s'intégrer dans un nouvel environnement. Le refus du passeport après un tel laps de temps signifie aussi un rejet de l'autre, c'est-à-dire nous.

Où est l'intégration que l'on préconise? Quel est le super-prof. qui saura par quel bout commencer?

Mary Meissner, Genève

Le Piloni

Libération de l'industrie hydraulique

Par les temps qui courent, la mode est à la libéralisation mondialiste tous azimuts et les journaux dans leurs commentaires ne soulignent que les avantages financiers d'une telle politique. Pour pouvoir diminuer les prix, il faut de nouveau chercher des partenaires, et partenaires veut dire firmes helvétiques mais aussi étrangères.

Nos conseillers fédéraux devraient se dépêcher de mettre en place des garde-fous à ces opérations financières qui mettent en danger l'autonomie du pays en énergie propre et renouvelable.

Qu'arrivera-t-il lorsque nous deviendrons les vassaux de nos voisins inféodés aux émirs du pétrole en voie d'épuisement? Des consommateurs payeurs sans droit de regard sur notre environnement et les barrages balafreront notre pays pour le plus grand profit des consommateurs d'énergie, car il en faudra pour les futurs téléphones, télévisions et autres ordinateurs.

Notre seule richesse étant l'eau, si nous aliénon nos droits de n'importe quelle façon au profit de boursicoteurs étrangers, les actuels rois du pétrole noir et puant se transformeront en rois de l'or blanc, propre et salubre.

Droit de cité dimanche – L'Industrie de l'Holocauste

Après l'excellente émission de Droit de cité dimanche passé, il y a lieu tout d'abord de féliciter pour une fois, et ce n'est pas coutume, la télévision suisse romande. Ce petit article ne se veut pas un résumé des propos largement commentés et qui confirment en quelque sorte la dégradation des sentiments amicaux portés à Israël et une recrudescence de l'antisémitisme en Europe à la suite des attaques virulentes et exagérées contre les banques et le peuple suisse tout entier, il faut aussi s'étonner du silence fracassant de la LICRA concernant le livre de Finkelstein «L'Industrie de l'holocauste». Est-ce parce que l'auteur est juif et américain? Est-t-il par conséquent au-dessus des lois et de l'article 261^{bis} ou Gaysot en France?

Finkelstein ne se gêne pas lui, d'accuser le Congrès Juif Mondial et Bronfman en particulier, d'être des maîtres chanteurs et des cow-boys sortis tout droit du Far-West pour attaquer sans vergogne et jeter des anathèmes sur un petit pays qui a eu le tort de baisser ses culottes trop tôt. Aux USA, les erreurs, les manquements, les détournements, et les profits indus sont plus graves et plus nombreux qu'en Suisse et

rien n'a été fait pour convoquer à ce jour une commission Volker ou un rapport Bergier qui ont coûté des millions de francs. De plus les ayant: droits n'ont encore rien reçu de cette avalanche de milliards. Il paraîtrait même que la plus grande partie de ces fonds seraient destinés au renforcement de la religion juive dans le monde et surtout en Russie et à la construction de synagogues. Qui a été berné?

La LICRA si prompt à épier chaque virgule de livres antisémites édités et vendus sur la place publique devrait payer des dommages et intérêts aux trois libraires en Suisse accusés de propagande punissable sous la loi 261 bis. Le livre de Grandy qui était l'objet du litige de ces trois procès était bien moins dangereux que celui de Finkelstein. Deux poids et deux mesures, voilà la justice d'aujourd'hui. Le vaccin à conseiller est d'être juif, riche et américain.

Octopus, 26.9.2000

Des sommets pour tout

Et le sommet des sommets c'est l'arnaque mondialiste qui fait de notre monde moderne, une immense arène où les peuples se battent comme au temps de Néron, s'entre-tuent pour survivre entre la bourse, les OPA et les dollars, sous l'œil vigilant des nouveaux empereurs de la faim, des catacombes et des arnaques. Il ne manque que les pitbulls pour couronner le tout.

Alors, après Melbourne la semaine passée, et Seattle ou Genève pendant les sommets de l'OMC et du World Trade Forum Davos, voilà Prague sur pied de guerre contre le sommet FMI-Banque Mondiale qui sera prise d'assaut par les militants anti-mondialistes. Il est prévu que de l'Europe entière, il y aura plus de 20'000 personnes pour venir perturber les palabres des «grands» de ce monde qui regarderont, protégés par une police renforcée, les meutes de plébiens dont les hurlements n'anéantiront pas les décisions à prendre pour gagner encore plus d'argent sur leur dos, et surtout trouver la meilleure publicité mensongère pour les empêcher de mordre.

Dans un rapport rendu public vendredi, la BM et le FMI se rengorgeaient dans un rapport rendu public disant n'avoir jamais eu autant d'argent». Le choix de Prague n'a rien d'anodin, c'est un acte de prestige pour mesurer l'allégeance aux lois du marché d'une Europe de l'Est désabusée, soumise depuis 10 ans aux diktats d'une économie de transition. De quoi faire bouillir le sang des résistants. Vaclav Havel assure que tout sera fait pour que les événements de Washington qui empêchèrent les délégués d'entrer dans le Saint des Saints ne se reproduisent plus, car il est inquiet tout de même de voir l'attention

Suite en page 14

Le Pilori: Des sommets pour tout

Suite de page 13

portée aux préparatifs de ce sommet sentant la guerre civile. Tant qu'il y aura l'organisation de ces joutes létales pour des milliards d'individus dans le monde, de futurs Vaclav Havel pourront se faire beaucoup de souci pour rien, tant il est vrai qu'on ne peut tuer ou même lutter contre des comptes en banque et des bourses joueuses.

La nouvelle héroïne des temps modernes

C'est «l'Héroïne» cette drogue tueuse, tout simplement. Et dire que notre Ruth décorée par Israël et le CJM se permet d'exiger des caisses maladie qu'elles remboursent ce poison, ce qui nous coûtera à nous, pauvres citoyens lésés par des lois iniques, des primes d'assurance toujours plus élevées malgré les belles promesses qui rendent les fous joyeux, s'ils croient que cela ne leur coûtera rien.

Alors nous allons tout droit à une nouvelle conception de guérison: de l'alcool gratuit pour les alcoolis-

ques, de la pâtisserie gratuite pour les boulimiques, des cigarettes gratuites pour les malades du cancer du poumon, et des enfants pour guérir les pédophiles, Mme Dreifuss pourquoi vous arrêtez-vous en si bon chemin? Vous auriez droit à d'autres médailles et distinction de la part de vos amis!

Bébés – flingueurs toujours plus jeunes et plus nombreux

On fera bientôt naître des enfants le revolver au bout des doigts. Mme Weber à Zurich vient de promouvoir une loi interdisant tout arme à l'école. On se croirait au Far-West et c'est bien la faute des Américains qui inondent le marché Européen de leurs films macaronis, de leurs Zoros et autres hurluberlus à la gâchette facile et qui ne s'embarassent pas de scrupule. La mort devient un jeu et nous avons en prime la roulette russe qui s'exprime par des suicides de jeunes de plus en plus nombreux.

Le canton de Neuchâtel se distingue. Non seulement les responsables veulent donner à tous les étrangers le droit de vote et d'éligibilité, mais au contraire de Mme

Weber de Zurich qui prend les grands moyens pour nettoyer la chienlit dans toutes les écoles, ils veulent instituer la prévention pour des relations sans violence à l'école. Ils traitent le sujet du point de vue, des grandes personnes sans se rendre compte que l'enfant est irresponsable jusqu'à l'âge adulte et encore! Ces parolotes, confrontations, happenings et conseils à appliquer sont vite oubliés lorsque ces mioches sous la colère ou l'envie de s'acheter des bêtises, perdent le contrôle de leurs actes. Pôvres Neuchâtelois qui vous faites des illusions! Cela coûtera plus cher en délégués, commissions, conseillers, psys de toutes sortes, que les méthodes draconiennes zurichoises.

Immigrés indésirables

Le Hollande, et surtout le Danemark qui n'ont pas encore atteint notre cote d'alerte de 19.5% d'étrangers prennent déjà des mesures pour endiguer l'invasion incontrôlée des clandestins et autres migrants. Les Danois voulaient créer des camps d'internement, mais après quelques discussions au sein du Parlement, ils vont ouvrir

de grandes prisons. Le nom change, mais pas la réalité, et ils renverront manu militari tous les délinquants immédiatement. Un parti s'est créé ayant pour but la lutte contre l'islamisation du pays par trop d'immigrés musulmans. La Suède, dans le même cas, prend les mêmes mesures et le parti populiste atteint déjà 34.5%.

Je me demande pourquoi la Suisse écoute mieux les naturalisés qui font pression sur l'ouverture sans contrôle de nos frontières à tous, au lieu des milieux nationalistes et populistes, disons le franchement, qui voient plus clair et plus loin. On dirait que Christiane Brunner, future présidente du parti socialiste suisse, veut ratisser large dans la population, en prônant les thèses des populistes, sentant le vent tourner...

Octopus



Canton Vaud



Communiqué à la presse

Le comité directeur de la section vaudoise du parti des Démocrates suisses dénonce avec la plus extrême fermeté la proposition inepte de mondialistes complexés, de modifier la devise indélébile imprimée sur la bannière du Canton de Vaud. La suppression du substantif «Patrie», aujourd'hui décrié, par «Soli-

darité», témoigne si besoin était d'une volonté incompressible et irresponsable d'atomiser toute volonté de résistance patriotique au mondialisme effréné qui plastronne aujourd'hui dans ce malheureux pays.

Les Démocrates suisses soutiendront avec la dernière énergie les

citoyens de ce canton qui les rejoindront et manifesteront leur désapprobation avec cette démarche inqualifiable d'altération grave de leur identité et de leur liberté.

Le Président: P.-M. Vernay
Le vice-président: J.-F. Borlat

Le tonneau des danaïdes: un de plus en suisse

Que se passe-t-il lorsqu'on veut remplir un tonneau percé?

Voyons ce qui se passe présentement. D'une part Werner, expert comptable et juriste zurichois, vient de publier un catalogue des malversations les plus fréquentes au dépens et/ou à cause du laxisme des contrôleurs qui laissent passer trop d'affaires douteuses repérées seulement par hasard dans les comptes de nos caisses de pension. Que préconise-t-on alors? Le renforcement d'un code déontologique qui ne sera pratiquement pas appliqué par les requins qui se remplissent les poches tout à fait légalement, puisque dans la loi, il est permis de jouer en bourse ou dans tout autre moyen de gagner de l'argent, un 5% du capital. Ce capital se montant aujourd'hui à 500 milliards répartis dans plus de 10.000 caisses, on arrive à 25 millions dis-

ponibles pour jouer à la roulette sans avoir peur de sanctions. Pas vu pas pris.

Si la presse quotidienne parle maintenant ouvertement des entourloupettes découvertes «par hasard» dans les comptes des caisses de pensions, elle se garde bien d'ajouter qu'il y a belle lurette que notre caisse AVS s'était, elle aussi, mise à jouer nos économies en bourse et qu'elle a perdu env. 8 milliards de francs dans des placements américains.

Parallèlement à ce remue ménage proposant un code déontologique qui est incapable de boucher des trous quels qu'ils soient, il y a ces discussions compliquées et emberlificotées sur les prochaines votations concernant les taxes énergétiques. Il est prévu, en cas d'ac-

ceptation, que 3 milliards seraient disponibles pour boucher quelques trous du tonneau helvétique. Alors pourquoi ne pas diminuer les cotisations de l'AVS d'un demi % pour les patrons et également pour les employés? Les milieux économiques se demandent à quoi on joue dès qu'une reprise des affaires pointe son nez.

Les partisans des taxes ont dans l'idée non pas de boucher des trous aberrants, mais une possibilité d'amélioration dans l'usage des énergies renouvelables, un contrôle plus strict du nucléaire et une protection accrue du milieu naturel. L'or de la BNS destiné à l'AVS devrait suffire à colmater les déchirures les plus criantes. Pourquoi pomper encore des fonds dans la poche des contribuables pour

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.–)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Est-ce de la tolérance ou de la lâcheté?

Puisque notre époque déteste prendre le risque de dire clairement certaines vérités détestables et n'ose pas dénoncer les pires événements, nous n'allons pas, nous, nous réfugier par correction culturelle engendrée par un certain terrorisme intellectuel qui se fait de plus en plus présent, dans de lancinants discours de la tolérance et dans le refus de prendre appui sur l'exagération virtuelle entrée dans les moeurs. C'est pourquoi nous avons créé Le Pilon. Qui refuse d'être lâche.

Travailleurs forcés

Par exemple on trouve ce gros titre dans la presse quotidienne: «TOUS ces travailleurs forcés ont droit à de l'argent». En lisant le détail, on s'aperçoit que pour la Suisse qui a ouvert son fond de solidarité avec menace de chantage, il s'agit d'Ukrainiens ou autres ressortissants étrangers qui auraient été envoyés dans des succursales suisses en Allemagne. Mais puisque le titre met en avant TOUS les travailleurs étrangers, on peut se poser la question s'il faut reconnaître en plus des prisonniers et de ces travailleurs, AUSSI les soldats? Quelle différence y a-t-il entre les premiers qui sont morts de faim et de mauvais traitements, les seconds qui étaient virtuellement prisonniers aussi et j'en connais qui sont morts à la tâche, et les pauvres soldats, eux aussi esclaves forcés ayant en prime une mort certaine en pleine figure. Puisque le CJM, manager

de cette manne dorée décide d'offrir un million de dollars à Meili, cet employé de banque peu scrupuleux pour avoir trahi le secret de fonction en escamotant des classeurs d'archives de ses employeurs de l'UBS, il n'y a vraiment plus aucune raison de ne pas inclure dans les ayant-droit, ceux qui ont contribué à gagner cette sale guerre.

Noir ou rouge?

Il y a une recrudescence d'agitation journalistique ces derniers temps autour des Skinheads. Jusqu'à présent, ce groupe particulier de jeunes gens se cantonnait dans des réunions de fête parfois bruyantes, mais tout aussi bruyantes que celles organisées par des jeunes vêtus de rouge s'adonnent régulièrement à des manifestations politico-humanitaires. Alors que les Skins se contentent de boire et de chanter confinés dans des locaux loués sous de faux noms, les autres communistes-marxistes-léninistes qui reprennent eux aussi du poil sur la bête, ajoutent la déprédation violente du bien commun. (Voir manif anti-OMC). Sans vouloir entrer dans les détails, ou prendre parti pour un groupe ou pour un autre, force est de constater qu'ils ne valent pas mieux les uns que les autres et tous déplacent des forces de police qui coûtent cher aux contribuables. Les uns, désespérés du laxisme officiel, se sont mis à détruire des centres de requérants d'asile sous prétexte de

sauver la culture et les moeurs d'une «Patrie», et les autres s'acharnent à défendre les soi-disant intérêts des autochtones en soutenant contre vents et marée, les millions d'allogènes venant profiter de cette «Patrie».

De toutes façons pourquoi nos bien pensants ont-ils peur des noirs et pas des rouges? Ont-ils oublié les goulags, les asiles psychiatriques et les 80 millions de morts du communisme qui a tué davantage que le fascisme? La mafia des prostituées, le blanchiment d'argent sale et les menaces de chantage au plus haut niveau sont-ils rouges ou noirs? Pour l'instant nos journaux heureusement essaient de dénoncer certains scandales absolument illégaux issus de Russie et faramineusement dangereux parce qu'ils sont dissimulés et cachés dans la prostitution et les tables de jeux. Alors fanatiques du 261 bis, (ou de la loi Gayssot-Fabius) mettez la pédale douce et attaquez-vous aux vrais auteurs de trouble ou à tous les deux à la fois. Pas deux poids et deux mesures, vous préparez une guerre civile en agissant comme vous le faites.

Croix Rouge embarrassée

Le Magen David Adoni (MDA) le petit dernier créé par la Croix Rouge Israélienne, se met à dos les Arabes à cause de son emblème qui viendrait s'ajouter à notre croix Henri Dunant et au Croissant

Rouge déjà agréé de longue date par les musulmans. Il s'agit d'un diamant creux où viendrait s'insérer le sceau israélien. Les palabres se suivent au Comité de la Croix Rouge Internationale à Genève et le suspens continue. Une quantité d'excuses et de critiques fusent, sauf la plus nettement ambiguë qu'on n'invoque pas: des ambulances porteuses de ce diamant pointant leur nez sur un champ de bataille en majorité musulman, provoqueraient un regain de haine, de violence, mais surtout de peur, car les blessés ne feraient pas confiance à des possibles «ennemis» qui se cacheraient derrière cet emblème, même sans le signe d'Israël au centre. Quelle gabegie!

L'Hôpital qui se f... de la charité

Incroyable mais vrai, les USA reconnaissent le génocide des Arméniens. Les Turcs sont naturellement furieux. Au lieu de se fâcher tout rouge, les Turcs feraient mieux d'employer le même procédé vis-à-vis des Américains. Ils n'ont qu'à reconnaître le génocide des Indiens et le vol de leurs territoires après l'élimination de leurs bisons. Les Serbes eux, ont compris le truc! Ils ont créé leur propre tribunal pour juger les criminels de guerre et ils ont condamné par contumace Bill Clinton, Tony Blair et l'OTAN à 20 ans de prison.

Octopus

Mise en oeuvre d'une section ROMANDE des JDS

A l'heure du «village global» et d'un ethnopluralisme masochiste, une partie de la jeunesse helvétique perd ses repères, ne se reconnaissant en rien dans cette dégénérescence endémique du Vieux Conti-

Suite de page 14

profiter de ce moment de reprise économique? Pour mieux les jouer en bourse?

On pourrait le croire et les avocats américains ont bien compris que la Suisse ne sait plus quoi faire de son argent et qu'elle s'amuse à se compliquer l'existence avec des questions se chevauchant les unes les autres, ayant à la clé des dépenses faramineuses pour organiser des votations dont personne ne comprend le véritable but.

D'ailleurs ne va-t-elle pas plus loin en imaginant des scénarios catastrophes dont elle établit une liste de 53 probabilités? Mais cela est une autre histoire à raconter.

Mary Meissner

ment. Pour elle, la fierté nationale, l'attachement à la terre dans le respect des traditions et des ancêtres sont encore porteurs de sens.

Devant ce dur constat, un désir d'action naît naturellement, le combat politique n'étant que l'expression la plus démocratique. Malheureusement, aujourd'hui aucune structure ne permet la réalisation de cette volonté. La Droite, seule gardienne de la Tradition, se fourvoie actuellement dans le cadre des grands partis bourgeois, au nom du Capital.

Par conséquent la création d'une section romande des Jeunes Démocrates Suisses devient indispensable. Elle permettra la coordination et la canalisation des énergies de cette jeunesse «enracinée». L'avantage pour le parti est évident: un tel laboratoire renouvellera la force active des DS et renforcera son poids politique.

Néanmoins **cette structure doit impérativement rester autonome** et garder les pleins pouvoirs. Ces

jeunes se reconnaîtront certes dans la vision DS mais la forme de l'engagement diffère totalement, restant propre à la jeunesse. Cette nouvelle donne implique donc la **création d'un nouveau logo** (en cours de réalisation) ainsi qu'un **bulletin indépendant** (nouvelle du mouvement, dates des manifestations et autres activités, ...) même si les JDS comptent participer au journal du parti.

Dans l'immédiat, afin de collecter rapidement de nombreuses adhésions, la **création d'une page WEB indépendante** (sous l'égide des DS) est impérative. Nos racines sont importantes mais la maîtrise des outils de communication actuels est nécessaire afin de toucher cette jeunesse, imprégnée d'informatique. Ce site internet permettrait également la mise en pace d'un **forum interactif de discussion** pour confronter nos positions. Ces nécessités impliquent l'achat de matériel informatique ADEQUAT (PC multimédia, connexion internet haute densité et imprimante laser, ...). Le futur nous dictera les développements ultérieurs (création éventuelle d'un bureau, ...).

Il est important d'insister sur le **caractère romand de cette section**, le but étant de regrouper un maximum de personnes comprises **entre 16 et 28 ans** partageant nos idées.

Le cadre d'action des JDS dépassera le politique pour s'orienter vers le **métapolitique** impliquant l'organisation d'excursions à travers la Suisse (visite de lieux celtes, historiques, ...), de concerts de musiques traditionnelles ou de notre patrimoine ainsi que des cercles de réflexion, et par la suite de conférences.

L'organisation d'une telle structure suscitera, j'en suis persuadé, l'engagement d'une jeunesse proche de sa terre qui se sent trahie par les agissements de la communauté internationale

Nos mots clés sont et resteront: **fierté nationale, attachement à la terre et respect des traditions.**

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerat, Baden*
*Alexander Nyffenegger,
stv. Parteisekretär, Bern*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*
Hans Steffen, Fischenthal

Schweizer Soldaten haben im Ausland nichts zu suchen!

Bereits am 26. August 2000 hat der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) einstimmig beschlossen, das Doppel-Referendum gegen beide Teilrevisionen des Militärgesetzes aktiv zu unterstützen.

Die SD wollen weder bewaffnete Auslandseinsätze der Schweizer Armee ermöglichen noch unser Land als Ausbildungs- und Trainingsgebiet für fremde Truppen öffnen.

Die Bundesverfassung und die Gesetzgebung verpflichten den Bundesrat und das Parlament ausdrücklich zur Wahrung der schweizerischen Neutralität. Mit der Revision des Militärgesetzes wird jedoch die immerwährende Neutralität, die sich als hervorragendes Friedens- und Sicherheitsinstrument bewährt hat, zunehmend ausgehöhlt.

Die SD kämpfen entschieden gegen die Abschaffung unserer Neutralität – sei es durch die «Swiss Coy» (Schweizer Kompanie im Kosovo) oder durch andere gefährliche Spielereien mit der Neutralität. Wenn wir mit bewaffneten oder unbewaffneten Soldaten «zum Konflikt gehen», dann kommt der Konflikt zu uns. Die Unterwanderung der strikten Neutralität bedeutet: Weniger Sicherheit für die Schweiz und möglicherweise ein höheres Kriegsrisiko.

Mit der Annahme der Revision des Militärgesetzes würde zudem auch die unverbrüchliche Garantie, dass unsere Armee ausschliesslich defensiv, ausschliesslich zur Verteidigung des eigenen Staatsgebietes eingesetzt wird, dahinfallen. Die Schweizer Armee würde somit von einem Verteidigungsinstrument des Landes zu einem Machtinstrument der Regierung, einsetzbar überall auf der Welt.

*SD-Medienmitteilung vom
5. Oktober 2000, Bernhard Hess,
Nationalrat, SD-Zentralsekretär*

Kriegsabenteuer Nein – Humanitäre Hilfe Ja

Bekanntlich wollen der Bundesrat und das Parlament mit der Teilrevision des Militärgesetzes den Ein-

satz von Schweizer Soldaten im Ausland ermöglichen. Via «militärische Ausbildungszusammenarbeit» werden Schweizer Waffenplätze gleichzeitig ausländischen Truppen geöffnet. Diese Gesetzesrevision erzwingt das Zusammengehen mit der NATO, gefährdet unsere Sicherheit und unterminiert sowohl die schweizerische Neutralität als auch unser Milizsystem. Ein solch wichtiger Entscheid gehört vor das Volk. Die SD haben deshalb beschlossen, das Doppel-Referendum tatkräftig zu unterstützen. Deshalb legen wir dieser Ausgabe einen Unterschriftenbogen bei. Weitere Formulare können jederzeit auf dem SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern, bezogen werden. Für Ihre tatkräftige Unterstützung danken wir bestens.
Ihr SD-Zentralvorstand

SD-Feuerzeuge – soeben neu eingetroffen



Schicken Sie mir bitte

..... Exemplare SD-Feuerzeug, Fr. 5.– pro Exemplar, inkl. Porto, Vorderseite SD-Signet, Rückseite «Heimattreu und bürgernah! Für eine freie Schweiz»

Nur noch wenige Exemplare vorhanden:

..... Exemplare SD-Kugelschreiber, Fr. 5.–, inkl. Porto

..... Exemplare SD-Dannemann-Zigarren, Fr. 5.–, inkl. Porto

..... Exemplare SD-Schirmmützen, Fr. 10.–, inkl. Porto

..... Exemplare Tischfähnchen mit Schwyzer-Wappen, Fr. 25.–, inkl. Porto

..... Exemplare echter Mini-Kristall mit SD- und Schweizerfähnchen, Fr. 50.– (Rarität)

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Bitte einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116, 3001 Bern

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

-lichen Dank an Philipp Müller

Die Schweizer Demokraten danken dem Hauptinitianten der 18%-Initiative Philipp Müller ganz herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz für die gemeinsame Sache.



Wahlen Stadtrat Bern SD-Liste 5

Wahlen Ostermundigen SD-Liste 6